

Rieser Tageblatt



und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Druckanstalt: Tagesblatt Riesa,
Garnus Nr. 20.

Das Rieser Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen
der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts, der Amtsanwaltschaft beim Amtsgerichte und des
Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Meißen.

Postfachkonto: Dresden 1830
Circulasse Riesa Nr. 52.

Nr. 18.

Donnerstag, 22. Januar 1925, abends.

78. Jahrg.

Das Rieser Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7/8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark 25 Pfennig durch Post oder durch Noten. Für den Fall des Eintretens von Produktionsveränderungen, Erhöhungen der Löhne und Materialpreise behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabestages (und bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen: eine Zeile für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 8. vom ersten, zum Ende der Zeile 16 Silber 25 Gold-Pfennige, die 8. am drei- wöchentlichen 100 Gold-Pfennige; zeitraubender und tabellarischer Satz 50%, Aufschlag, feste Tarife, bewilligt. Inhaltlich, wenn der Betrag verfallt, durch Klage eingezogen werden mag oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Kündigungs- und Unterhaltungsbeiträge, bezogen auf die Zeitung oder auf die Lieferung der Zeitung oder auf die Zahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Sanger & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Sackstraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlmann, Riesa; für Anzeigen: Wilhelm Dietrich, Riesa.

Eine zweite Kanzlerrede im Reichstag.

Deutscher Reichstag.

(Fortsetzung des gestrigen Berichtes.)

Berlin, 21. Januar 1925. Der Redner richtet dann die Frage an den Reichskanzler, ob er jede Agitation gegen die Republik mißbillige und von Leuten die das Kabinett als Instrument gegen die Republik benutzen wollen, abdrücke. (Der Reichskanzler nickt.) Die Antwort auf diese Fragen würden die Demokraten abwarten; auf keinen Fall würden sie der Regierung bisher Neutralität aufrufen. Wenn die Antwort befriedigend ausfalle, würde man der Regierung zunächst freies Spiel lassen.

Abg. Dr. Jürissen (Wirtschaftl. Vereinig.) erklärt, die Wirtschaftliche Vereinigung werde ihre Stellung zur neuen Regierung davon abhängig machen, ob diese die Interessen des Mittelstandes genügend vertrete. Der Redner fordert, daß die von den Besatzungstruppen im besetzten Gebiet an der Bevölkerung verübten Uebergriffe und Verbrechen von deutschen Berichten nachgeprüft und verhandelt werden.

Abg. Leicht (Bayr. Volksp.) betont, es werde sehr schwer sein, sachlich gegen dieses Kabinett etwas einzubringen. Das Zentrum habe allerdings eine Fülle von Bedingungen gestellt. Es sei sich seiner ausschlaggebenden Stellung wohlbewußt. Er habe aber das Vertrauen zum Zentrum, daß es die große Verantwortung nicht vergessen werde, die es zu tragen habe. Der Redner spricht dem seiner Partei angehörigen Reichspolminister Sigmund Vertrauen aus. Der Redner tritt für die Wahrung des konfessionellen Friedens ein, angedeutet mancher bedauerlichen Vorfall der letzten Zeit und fordert eine Neuordnung des Verhältnisses zwischen Reich und Ländern zu Gunsten der Letzteren.

Abg. v. Graefe (Nat.-Soz.) macht die Bitte für die Wirtschaft in Deutschland verantwortlich. Früher sei es Herr Rothschild gewesen, in letzterer Zeit Herr Barinat. Die Regierenden seien nur Marionetten an den Fäden der Börse.

Der Redner richtet an den Kanzler eine Reihe von Fragen, die u. a. die Forderung enthalten, alle mit Verfassungsmehrheit angenommenen Gesetze für ungültig zu erklären, unter andern auch die Dawes-Gesetze. Er verlangt weiter die schärfste Untersuchung der Skandal-Affären der letzten Zeit und fragt, ob es richtig sei, daß der preussische Justizminister zu Gunsten der Barinat eingegriffen habe? Die Magdeburger Richter müßten gegen die schamlosen Angriffe von gewisser Seite geschützt werden. Beamte dürften überhaupt keine Aufsichtsratsstellen innehaben. Der Redner erinnert an den Fall Toppelsch, als der Minister von Pöblich auf Befehl des Kaisers sein Amt niederlegen mußte, weil nicht er selbst, sondern seine Frau an der Firma beteiligt war. Es sollte aber jeder Schein vermieden werden. Das war das sogenannte Hauptwürde alle System. Es müßte auch den Angeordneten gesetzlich verboten werden, Aufsichtsratsstellen und ähnliche Posten zu übernehmen. Es ist erschreckend, in welche politisch-parlamentarische Kreise hinein diese Korruption gegangen ist. (Lebh. hört! hört! und Rufe: Namen nennen!) Als der Redner erklärt, er verzichte darauf, heute Einzelfälle zu nennen, erwidern bei den Soz. bäurische Ausrufe. Es entsteht minutenlanges Lärm, da von den Soz. dauernd der Ruf erklingt: Heraus mit den Namen! Ich verzichte besonders darauf, die Familie des Herrn Reichspräsidenten hier in die Debatte zu ziehen. (Großer Lärm bei den Soz., der minutenlang anhält.)

Der Redner erklärt, daß seine Gruppe kein Vertrauensvotum einbringen werde, um nicht die Geschäfte der Braun und Seering zu betreiben. Sie werde sich abwartend verhalten.

Darauf erhebt unter allgemeiner Spannung

Reichskanzler Dr. Luther

das Wort.

Als die Kommunisten wieder mit ihren Annahmestellen beginnen, entsteht allgemeine Heiterkeit, in die auch der Reichskanzler einstimmt. Der Reichskanzler erklärt, als diese Rufe weiter erklingen, unter großer Heiterkeit des Hauses: „Mir kommt es so vor, als ob ich schon neulich diese Rufe hier gehört hätte.“

Der Reichskanzler stellt mit Befriedigung fest, daß für das außenpolitische Programm der Regierung sich eine breite zustimmende Front gebildet hat. Nicht nur die Parteien, die Vertrauensmänner in das Kabinett entsandt haben und die Wirtschaftliche Vereinigung, sondern auch die Demokraten haben erklärt, daß sie das Regierungsprogramm zur Außenpolitik anerkennen. Auch der Außenpolitiker der Sozialdemokraten, Dr. Breitfeld, habe festgestellt, daß dieses außenpolitische Programm auch von Marx hätte aufgestellt werden können. Es müßte eine starke Stütze für das Kabinett sein, wenn es weiß, daß seine Außenpolitik eine solche breite Grundlage im Deutschen Reichstag habe.

Der Reichskanzler beantwortet dann einzelne Anfragen der Parteien. Wir hatten nach der Londoner Konferenz keinen Anlaß, an der Innehaltung des vertragmäßigen Räumungstermins bezüglich der Kölner Zone zu zweifeln. Das Problem der Räumung der nördlichen Rheinlande sei immer wieder erörtert worden. Als sich

bei den internationalen Erörterungen der erste Ansehenspunkt, als ob die Räumung in Zweifel gestellt werden sollte habe die Regierung sofort die Initiative ergriffen. Die betreffenden ausländischen Regierungen sind darauf aufmerksam gemacht worden, daß Deutschland die Räumung bestimmt erwartet.

Niemals aber sei von einer der beteiligten Mächte der Vorschlag einer Kompromißlösung gemacht worden. Solche Kompromißvorschläge hätte die deutsche Regierung durchaus nicht von vornherein abgelehnt. Das frühere Kabinett war nach einem Vortrag Dr. Stresemanns vollkommen darüber klar, daß ein etwaiger Vorschlag der gleichzeitigen Räumung des Ruhrgebietes und der nördlichen Kölner Zone zu prüfen gewesen wäre. Entschieden entgegengetreten werden muß der Anschauung, daß auch die Räumung ins Ungeheire verschoben werden sei. Es liegen maßgebende Mitteilungen der französischen Regierung vor, daß an der Erklärung bezüglich des letzten Termins der Räumung sich nichts geändert hat. Eine andere rechtliche Auffassung sei auch vollkommen unmöglich.

Vor dem Eintritt Deutschlands in den Völkerbund muß völlige Klarheit über alle dabei in Betracht kommenden Fragen geschaffen werden. Die Grenzregelung an der Westfront sei für die deutschen Interessen sehr ungünstig, da die Westfront völlig der Westfront abgeschrieben werde, entgegen den Bestimmungen des Versailler Vertrages. Die Regierung hat gegen diese schwere Verletzung des Vertrages bei jeder Gelegenheit Einspruch eingelegt, aber ohne Erfolg.

Der Kanzler wendet sich dann der Innenpolitik zu und bespricht zunächst die Frage der Zeitverhältnisse, von der Freiheit selbst festgestellt habe, daß sie für die Sicherheit Frankreichs nicht die geringste Rolle spielen können. Was die Reichsregierung in dieser Hinsicht aus innenpolitischen Gründen getan habe, sei der Entente schon seit längerer Zeit mitgeteilt worden. (Lärm b. d. Komm.) Sollten die Entente darüber hinaus Material besitzen, so sollten sie es baldmöglichst der Reichsregierung zuleiten. (Hört! hört!) Das hätte bei der Wiederannahme der Kontrollmaßnahmen am besten geschehen können. Sicherlich wird sich aber ergeben, daß dieses Material in großen Umfang unzutreffend ist. (Lebh. hört! hört!) Diese Angelegenheiten werden aber von einer uns feindsichtig gesonnenen Propaganda mit toller Uebertreibung in der ganzen Welt gegen uns ausgenutzt. (Lebh. Zustimmung.)

Der Kanzler stellt dann fest, daß ganz selbstverständlich auf die vaterländischen Verbände die Gesetze zur Anwendung gebracht werden, und daß gleiches Recht für alle gelte. Ausförmungen werden von der Reichsregierung nicht nur verurteilt, sondern auch verfolgt. Der Abg. Graf Westarp habe nicht von vaterländischen Verbänden, sondern von der vaterländischen Bewegung gesprochen. (Lärm b. d. Soz.) Man kann in unserem Volke nur eine Bewegung begrüßen die der Pflege des vaterländischen Gedankens gilt. (Großer Lärm links.) Diese Bewegung darf aber nicht etwa andere Gegenseite unterdrücken, sondern sie muß sie ausgleichen. Der Redner wendet sich dann gegen die Auffassung des Abg. v. Graefe und betont die Rechtsgültigkeit der jetzigen Gesetzgebung, auch der verfassungsmäßig.

In der Veramts-Affäre müsse man sich vor Allgemeinurteilen hüten. Der Reichskanzler bedauert, daß auch die Person des Reichspräsidenten in diese Debatte hineingezogen worden sei. Für die Teilnahme von Beamten an Aufsichtsräten bestünde schon seit jeder der Grundab, daß diese einen Gewinn aus solcher Tätigkeit nicht ziehen dürfen. (Lärm u. Zurufe b. d. Komm.)

Der Kanzler erklärt, er glaube damit alle wichtigen Fragen beantwortet zu haben. Die Minister, die ins Kabinett eintreten, legen ihre Aufsichtsratsposten nieder. (Lärm b. d. Komm. u. Rufe: Wo bleibt die Annahme?) — Großer Lärm. Der Kanzler erklärt: Ich habe zur Annahme namens der Reichsregierung keine Erklärung abgegeben. (Großer Lärm b. Komm., jedoch der Kanzler nicht weitersprechen kann.) — Der Lärm nimmt immer beständig Formen an. Des Hauses bemächtigt sich allgemeine große Unruhe.

Vizepräsident Dr. Nieber schließt wegen dieser Störungen den Abg. Schwarz-Perlu (Komm.) von der Sitzung aus und fordert den Abg. Schwarz auf, den Saal sofort zu verlassen. (Lebh. Beifall.) Als Abg. Schwarz sich weigert, verläßt der Vizepräsident um 5 Uhr 45 Min. die Sitzung auf 5 Minuten.

Die neue Sitzung.

(In der Zwischenzeit verläßt der Abg. Schwarz nach längerer Besprechung mit seinen Parteifreunden den Sitzungssaal.)

Vizepräsident Dr. Nieber eröffnet um 6 Uhr die neue Sitzung und stellt fest, daß der Abg. Schwarz den Sitzungssaal verlassen hat. Er werde daher nur auf 8 Tage ausgeschlossen werden; er wäre auf 20 ausgeschlossen worden, wenn er den Saal nicht verlassen hätte. (Lärm b. d. Komm.) Er warnt ihn, den Sitzungssaal wieder zu betreten, da ihm das Betreten des Reichstagsgebäudes hiermit untersagt sei. (Unruhe b. d. Komm.)

Reichskanzler Dr. Luther

setzt dann seine unterbrochene Rede fort. Als wieder Annahmestellen erklingen, macht Vizepräsident Dr. Nieber darauf aufmerksam, daß, wenn diese Rufe nicht aufhören, er mit aller Entschiedenheit die Würde des Reichstags wahren werde.

Der Kanzler erklärt, daß er selbstverständlich nicht die Fragen behandelt habe, die bereits in der Regierungserklärung erwähnt worden sind. Es gehe noch manche Sachen, die besonderer Fürsorge bedürften, wie die Auslandsdeutschen. (Beifall.) Es sei richtig, daß eine Koalitionsregierung nicht vorhanden ist. Wäre sie vorhanden, so wäre auch noch nicht völlige Einmütigkeit nach allen Richtungen hin gewährleistet. Abg. Koch habe mit Recht gesagt, daß man mit seinen Koalitionsgenossen nie so ganz zufrieden sei. Das wesentliche sei aber, daß sich tatsächlich eine Mehrheit zusammengefunden hat, die für die Regierung die Möglichkeit praktischer Arbeit bietet. Mit leichter Ironie habe man gesagt, der Reichskanzler sei kein Politiker, sondern ein Verwaltungsmann. Der Kanzler erklärt, daß er sachlichen Dienst am Volkswohl leiten wolle. Er sei durchaus kein unbeschriebenes Blatt. (Lärm b. d. Komm.) Er wolle seinen Werdegang nicht verweigern oder verdunkeln. Was er bisher als Ernährungs- und Finanzminister im Dienste des Deutschen Reiches getan habe, werde die Grundlage sein, auf der sich seine Tätigkeit als Kanzler aufbaue. (Erneuter Lärm b. d. Komm.) Die bisherige Zusammenarbeit im Kabinett habe schon bewiesen, daß es durchaus möglich sei, praktische Arbeit zu leisten. (Beifall b. d. Regierungsparteien.) Es liege an der Staatsform, in der wir leben, verweisen wir nicht, wenn wir nicht die Möglichkeit solcher praktischen Zusammenarbeit fänden. Bei der gemeinsamen Arbeit zur Rettung des Volkes stand eine Mehrheit auch hinter der Minderheitsregierung. Wir müssen danach streben, für jede Entscheidung eine möglichst breite Grundlage zu finden.

Das ist auch die Meinung des ganzen Kabinetts. Es sind so große Aufgaben für das Volk zu lösen, daß wir versuchen müssen, das Notwendige der Gesamtheit verständlich zu machen. Es muß bei allen diesen Fragen ein Ausgangspunkt gesucht werden, der dann verbreitert werden muß.

Der Kanzler erklärte, es sei durchaus unrichtig, wenn aus dem Auslande Stimmen kommen, die in der jetzigen Mehrheitsbildung einen Mangel an Willen zur Erfüllung der Aufgaben sehen. Ueber die Staatsform hat sich die Reichsregierung bereits völlig unmissverständlich geäußert. Selbstverständlich mißbilligt die Regierung jede Agitation gegen die Republik. Natürlich kann jeder Deutsche nach der Verfassung seine Meinung frei äußern. Auch die weitere Frage Kochs, ob die Regierung von Leuten abdrücke, die die Regierung als Instrument gegen die Republik gebrauchen wollen, müsse selbstverständlich bejaht werden. (Lärm b. Komm.)

Das Kabinett sei der Ansicht, daß die Staatsform selbstverständlich nicht geändert werden solle. (Großer Gelächter links.) Wir müssen für die praktische Arbeit einen Zusammenschluß auf klarer Grundlage finden. Das Kabinett ist sich über die Grundlagen seiner künftigen Politik einig. Leider seien erhebliche Angriffe gegen einzelne Minister gerichtet worden. Es handelt sich um Männer, die hinter sich den Werdegang des Beamtenwesens haben. Minister Neubaus hat feingegirt als Beamter den Eid auf die Verfassung aus Gewissensbedenken nicht geleistet. Er ist von dieser Eidesleistung entbunden worden unter Anerkennung seiner erfolgreichen Tätigkeit, die er als Beamter geleistet hat. Das entsprechende Schreiben ist von Minister Fischel (Fischel ist jetzt demokratischer Reichstagsabg.) unterzeichnet. (Hört! hört! u. Heiterkeit.) Minister Fischel hat davon abgesehen, die Leitung des Treueides von Neubaus zu fordern und hat ihn weiter beschäftigt. Neubaus hat jetzt selbstverständlich den Eid auf die Verfassung geleistet. (Gehäusliches Gelächter b. Komm.)

Der Reichskanzler rühmt dann die Verdienste des Finanzministers Dr. v. Schlieben in seiner Beamtenlaufbahn. Er hatte die schwere Aufgabe, einen Ausgleich zu finden zwischen Forderungen und Möglichkeiten. Auch aus den Reihen der früheren Reichskanzler hat Herr v. Schlieben außerordentliche Anerkennung erfahren. (Hört! hört!) Auf Zurufe erwidert der Kanzler: Der Sozialministerorden sei eine Einrichtung der Wohltätigkeit. (Gelächter links.) Der Eid auf einen Monarchen, der nicht vorhanden sei, sei ebenfalls nicht vorhanden. (Erneutes Gelächter links.)

Auf den Vorwurf, das Kabinett sei zu weit nach rechts gerichtet, erinnert der Kanzler daran, daß er auch die Demokraten heranziehen wolle. Der Kanzler schließt mit der Aufforderung: Wenn die Entscheidung bei der Abstimmung so fällt, daß das Kabinett die Arbeit übernehmen kann, dann werden wir uns bemühen, sachliche Arbeit im Interesse des ganzen deutschen Volkes zu leisten. (Lebh. Beifall b. d. Regierungsparteien.)

Die Beratung wird darauf abgebrochen. — Donnerstag 11 Uhr: Protest der Kommunisten gegen den Ausschluss des Abg. Schwarz, Fortsetzung der politischen Debatte. Schluß 7/8 Uhr.

Keine außenpolitische Rede Stresemanns.

Berlin. Wie verlautet, wird Reichsaußenminister Dr. Stresemann im Laufe der politischen Aussprache im Reichstage das Wort nicht ergreifen. Reichskanzler Dr. Luther habe die außenpolitischen Fragen, die in der Debatte gestellt worden seien, in seiner gestrigen Rede mitbeantwortet. Zu einer großen außenpolitischen Rede biete die gegenwärtige Lage keinen Anlaß. Sie werde im Laufe der Staatsberatung bei dem Ort des Auswärtigen Amtes am Plage sein.

Der Trauertag des deutschen Volkes.

Am 1. März.

Im Einverständnis mit dem Reichsministerium des Innern wird der Volkshund für Kriegsgedächtnisfeier am 1. März im ganzen deutschen Reich als ein Volkstrauertag für die Gefallenen des Weltkrieges festgelegt. Ursprünglich sollte dieser Tag als gewöhnlicher Feiertag erklärt und somit durch Reichsgesetz festgelegt werden. Dem Reichsrat war schon im Herbst 1922 ein dahingehender Entwurf zugegangen, der auch den Reichsrat passierte und Johann an den Reichstag gelangte. Dort liegt er seitdem, und die Hoffnung, die der Volkshund gehabt hatte, daß neuerliche Anregungen Erfolg haben und der Reichstag das Gesetz noch rechtzeitig für die Feier des Jahres 1923 verabschieden würde, war durch die Auflösung des Reichstages vereitelt worden. In dem Entwurf war bereits der 6. Sonntag vor Ostern, also der Sonntag Invocavit, der diesmal auf den 1. März fällt, für die Feier vorgeschlagen worden, weil er aus verschiedenen Gründen sich besonders dazu eignet. Vor allem wurde darauf Rücksicht genommen, daß der Trauertag, wenn er im Herbst stattfinden würde, zu sehr in die Nähe der Bußtage und des Totensonntages gerückt würde.

Der Sonntag Invocavit ist nunmehr auch für die außergesellschaftliche Feier beibehalten worden. Es war geplant, für diesen Tag ein Lustbarkeitsverbot zu erlassen. Dies konnte aber nicht erreicht werden, weil die für die Verbote von Lustbarkeiten festgelegten Tage schon auf einem alten Gesetz vom Jahre 1837 beruhen und nicht ohne ein neues Gesetz verneht werden könnten. Die Regierung hat aber zugesagt, durch die Landes- und Provinzialbehörden Bestimmungen herausbringen zu lassen, monach das Programm der Theater und Konzerte der Woche des Tages entsprechen muß.

Die Berliner Feier steht folgende Veranstaltungen vor: Am Vormittag findet bei allen Konfessionen und in sämtlichen Kirchen ein Gottesdienst statt, in dem auf die Bedeutung des Tages hingewiesen wird. Von 1-1/2 Uhr werden sämtliche Glocken in Berlin geläutet, und an einem noch festzulegenden Zeitpunkt tritt zum äußeren Zeichen der Volkstraue für zwei Minuten Verlehrsruhe ein. Ferner finden in Berlin in sieben Sälen Saalfeiern statt, bestehend aus musikalischen Darbietungen eines Orchesters, Gesängen und einer Gedächtnisrede. Die Feiern haben sich von jedem politischen oder konfessionellen Einschlag fernzuhalten. Die Hauptfeier in Berlin ist im Reichstag vorgesehen. Hierzu werden Einladungen an den Reichspräsidenten und an die Spitzen der Behörden ergehen. Als Festredner ist der Präsident des Volksbundes für deutsche Kriegsgedächtnispflege, Max von Scharlowitz, in Aussicht genommen.

In den Städten des Reiches liegt die Veranstaltung in den Händen der Ortsgruppen und Provinzialverbände des Volksbundes. Eine eigentümliche Lage entsteht in Sachen dadurch, daß der Trauertag mit der Leipziger Messe zusammenfällt. Darauf war aber schon in dem Gesetzentwurf, der dem Reichstag vorliegt, Rücksicht genommen. Danach soll Sachsen die Möglichkeit besitzen, den Trauertag auf einen günstigeren Zeitpunkt zu versetzen.

Der Reichsminister des Innern hat die Landesregierungen gebeten, die erforderlichen Anordnungen im Verwaltungswege zu treffen und darauf hinzuwirken, daß Lustbarkeiten an diesem Tage nach Möglichkeit unterbleiben und sämtliche öffentliche Gebäude halbwegs schließen. Auch die kirchlichen Behörden haben ihre Mitwirkung an der Begehung dieses Tages zugesagt.

Vertikales und Säuliches.

Mies, den 22. Januar 1925.

Stadtbank Mies. Der kraftvolle Aufschwung, den die gesamte Wirtschaftsorganisation während und nach dem Kriege genommen hat, ist auch in dem raschen Aufblühen und der geschäftlichen Erweiterung der hiesigen Stadtbank zu verfolgen. Das Ministerium des Innern hat deshalb mit Verordnung vom 13. Januar 1925 die hiesige Stadtbank zur Stadtbank erhoben. Eine entsprechende Bekanntmachung ist in den nächsten Tagen zu erwarten.

Wettzugsmanöver. Am Sonnabend den 17. d. M. ist bei hiesigen Geschäftsleuten ein Betrüger aufgetreten und hat Anzeigen für ein Mieser Kretschsch gesammelt und Bezahlung bzw. Anzahlung gefordert und zum Teil auch erhalten. Geschädigte, die in dieser Angelegenheit von der Kriminalpolizei noch nicht besucht worden sind, wollen sich umgehend beim Kriminalpolizei melden.

Feuerlöschwesen. Seine 50. Hauptversammlung hielt kürzlich das Freiwillige Rettungskorps Mies ab. Nach dem Jahresbericht, den Herr Brandmeister Schumann vorzutragen, kann auch das vergangene Jahr als ein arbeitsreiches bezeichnet werden. Vor allem zu erwähnen ist die Neubildung der Abteilung im Ortsteil Weida, deren Einleitung und Ausbildung das hiesige Korps übernommen hatte. Einen Ehrentrag, die Feier seines 50. jährigen Bestehens, konnte das Freiwillige Rettungskorps am 16. und 17. August 1924 begehen, und damit der Unterstützung des Stadtrats zu Mies und der Einwohnerlichkeit ist dieses Jubiläum als eines der schönsten Feste zu bezeichnen. Zahl die Verehrungen unter Weid in allen Kreisen anerkannt werden, bewies die festlich machende Mitgliederzahl. Ende des Jahres 1923 bestand das Freiwillige Rettungskorps aus 67 aktiven Kameraden, während mit Ende 1924 ein Mitgliederbestand von 83 aktiven Kameraden genannt werden kann. Außerdem sind noch in dankbarer Erwähnung 1 Ehrenführer, 1 Ehrenhauptmann, 4 Ehrenmitglieder und 8 Altersmitglieder zu bringen. Mit Schluss des Jahres 1924 schied aus dem aktiven Dienst Herr Brandmeister W. Schumann, sodas zur Auswahl eines Oberführers geschritten werden mußte. Die Wahl fiel auf den bisherigen Ehrenführer, Kamerad Eduard W. S. unter dessen Führung das Freiwillige Rettungskorps sich hoffentlich noch weiter ausbauen und leistung wird. Zum Ehrenführer wurde der bisherige Rottenführer Kamerad Paul Strecker gewählt. Aber auch als Ehrentrag ist dieser Tag wieder zu benennen. Herr Brandmeister Schumann, welcher mit Umsicht und bester Wichterführung das Freiwillige Rettungskorps führte, wurde aus Anerkennung und Dankbarkeit zum Ehrenmitglied ernannt unter Ueberreichung einer Ehrenurkunde durch deren Hauptmann Steinbach. Nach Beendigung ihrer 20-jährigen Dienstzeit konnten wieder 2 Kameraden geehrt werden, Kamerad Erikmann Otto Weller und Kamerad Rottenführer Paul Rixten. Herr Branddirektor Reher als Vertreter der Stadt, überreichte den Jubilaren unter herzlichsten Wünschen das vom Landesverband lösch. Feuerwehren gestiftete Ehrenplomb für 20-jährige Dienstzeit. In beiden Ehrenungen nahm das Korps in voller Ausräkuna Aufstellung. Im vergangenen Jahre vollendeten 2 Kameraden ihre 25-jährige, 2 Kameraden ihre 20-jährige, 1 Kamerad seine 15-jährige, 1 Kamerad seine 10-jährige und 7 Kameraden die 5-jährige Dienstzeit. Herzlichen Dank allen, die sich durch ihre selbstlose, freiwillige Arbeit in den Dienst

des Gemeinwohls stellen; herzlichen Dank aber auch denen, die die gute Sache unterstützen und vor allem herzlichsten Dank am Schlusse des Jubiläumjahres den Gründern unserer Wehr.

Stadtteil Gröba. Mit der Bitte um Veröffentlichung geht uns folgende Bericht an: In der am Montag im Gahldor Grohe abgehaltenen diesjährigen Hauptversammlung des Mieselner Haus- und Grundbesitzervereins zu Gröba kamen Klagen über die Gasbelieferung durch die Stadt Mies zum Ausdruck. Im Vergleich zu unserem früheren billigeren und besseren Gas, welches aus das Gröbaer Gaswerk lieferte, fühlen sich die Einwohner Gröbas heute sehr benachteiligt. Ein Mitglied des Vereins wies nach, daß für 1 Flamme in seiner Wohnung bisher pro Monat 8 Kubikmeter verbraucht worden seien, und im Dezember bei gleicher Brennendauer 35 Kubikmeter zu verzeichnen waren. Auch gegen diese Maßnahmen, daß bei 10 Kubikmeter 1 Kubikmeter als Nachschubgebühr zu bezahlen ist, wenden sich alle Mitglieder. Es wird darauf hingewiesen, dem Rat der Stadt Mies, auf Grund des Eingemeinungsvertrages, diese Umstände bekannt zu machen und zu fordern, in dieser Sache Abhilfe zu schaffen.

Filmschau. Oskar Berling. — U. Z. (Goettrake). Ueber die Uraufführung im Majakoffaal in Berlin (Schrift der Berliner Presse u. a.): Der Film basiert auf Selma Lagerlöfs auch heute noch populärem Roman. Er überlegt Epik in Dramatik, ohne die Gesetze des Films zu verletzen, ohne dem Geist der Dichtung Abbruch zu tun. Eine romantische Sentimentalität liegt über dem Ganzen und Stiller erweilt sich wieder als der vollendete Beherrscher des feinsten Kammerstücks. Was er aus den Schauspielern an Innerlichkeit und Hingabe herausholt, ist schließlich nicht mehr zu überbieten. Er ordnet mit souveräner Meisterhaft alles seinem Willen unter: Die Menschen und die Natur. Denn auch in „Oskar Berling“, wie in allen großen Werken Stillers, sind Mensch und Natur eine unzerrennliche Einheit. Die Natur verleiht die innere Seelenlandschaft und ist niemals Dekoration, sondern immer Bestandteil der fortwährenden Handlung. Die Darstellung ist in der Figur der Frau Dandauis, einer schauspielerischen Höchstleistung, wie wir sie wohl noch niemals im Film erlebt haben. Oskar Berling und Jena Dandauis bieten einen bezaubernden Anblick und schauspielerische Meisterleistungen. Den Kammer Oskar Berling spielt Lars Hanson, aus der Herrenhofage bekannt, mit einer bedrückenden Reinheit des Gefühls und verzehrender Leidenschaft. Seine außerordentliche schauspielerische Gewandtheit läßt hier wie überall die Meisterhand Stillers spüren. Das übrige Ensemble ist selbstverständlich auf die bestmögliche Art und Weise abgetunt. Julius Schwedens besser Operateur und unzerrennlicher Mitarbeiter Stillers, hat auch diesen Film wieder fotografiert. Es geht eine bewundernde Muße durch diese zehn Akte, die eine Ermüdung aufkommen lassen. Man muß neidlos gestehen, daß auch Amerika noch niemals eine derartige Photographie gedruckt hat. Der Gesamteindruck des Films war ungewöhnlich klar. Man muß lange zurückdenken, wenn man sich an einen so aus dem Herzen kommenden Beifall erinnern will.

Schwied. Dieses Filmmittel gelangt bekanntlich heute und morgen im Höpferischen Saale zur Vorführung. Anlässlich einer Vorführung in Weiden schreibt das M. Ztbl.: In den modernen Kampf zwischen Unternehmertum und Arbeiterchaft hinein stellt uns der Reichmann-Film mit dem Titel „Schwied“. Das Aktundentag-Problem wird aufgerollt. Der Streit, der Streit entbrennt, und in seiner Entwicklung werden Typen aus den sich gegenüberstehenden Lagern vorgeführt. Sie sind in der Mehrzahl nicht so ausgewählt, daß sie der notwendigen Verkörperung dienen. Am meisten ist dies bei dem Generaldirektor der Fall, dem Adolf Klein seine repräsentative Persönlichkeit gibt, die zwar nur gezeichnet, „Achtlinien“ handelt, aber aktiv alle Schrotteit meidet und das große Ganze im Auge behält. Am wenigsten bei dem Aktionär, dem Kur-Kapitalisten, der Dame, die das soziale Empfinden vermissen läßt, und dem widerwärtigen Sohne des Reichmanns. Das aufgeregte Gefährden der Vertreter der Streitenden wird der Regisseur Martin Berger mit der auf dieser Seite herrschenden Not begründen, mit der er in einer Schamacherfamilie auch den Handwerkerstand in ursächliche Verbindung bringt. Sympathisch berühren, abgesehen von der leidenschaftlichen Erna Esel, (Naja Sparakova), die leichtgläubig vagen Versprechungen traut, die Frauengestalten, vor allem die Hilde Esel (Maria Smrod), in ihrem Kampfe zwischen Liebesverlangen und Vernunft, die sie die Verbindung mit dem trunksüchtigen Verlobten als ein Unglück erkennen läßt, die leidvolle Mutter Esel, Maria Forenau, als Schutzherrin, und die Händlerin, die zwar den Frauen der freilebenden Arbeiter nicht ins Grenzenlose borgen will, aber den entschuldigen Gehirten des hungrigen Schutzherrin mittelbildig verheißt. Das die Hausdame (Hilja Laporta) nach der lastberghen Entlassung ratlos „auf der Straße liegen“ sollte, ist nicht glaubhaft. Der Schloffer Fabian (?) und dessen Frau zeigen, wie die Armut in der Not sich gegenseitig stützen soll. Arbeiterwohnung und Verkehrssituation sind ungeschminkt. Im letzten Akt kommt unverhüllt die Tendenz zum Ausdruck, den Klassenkampf zu propagieren. Wir brauchen aber den Frieden gegenseitigen Verstehens. Friede ernährt, Unfriede verzehrt. Auch die Organisation kann nur vorwärtsbringen, wenn sie den Wahlkampf für die wirtschaftlichen Möglichkeiten nicht verliert.

Widerrechtliches Behalten von Eigentum. Aus den Kreisen der Angeklagten mehren sich die Klagen, daß Firmen Stellungsgesuche, denen Zeugnisabschriften und Photographie beiliegen und auf Zeugnisangelegenheiten zugeandt werden, den nicht eingestellten Bewerber nicht wieder zuzurücksenden. Es wird mit Recht von den Stellungsgesuchen, die sich durch diese Bewerbungsverfahren um eine neue Tätigkeit bemühen, darauf hingewiesen, daß es sich hier um Zurückhaltung von Eigentum und zwar um Zurückhaltung des Eigentums eines im Augenblick wirtschaftlich besonders Schwachen handelt. Stellenlose Angestellte, die meist nur von Erwerbslosenunterstützung leben, müssen mit jedem vorausgehenden Wemntis rechnen und wenn sie täglich eine Anzahl von Bewerbungsverfahren hinausgeschicken, von denen jede Zeugnisabschrift ihnen allein 10 Wfa. kostet und erheblich teurer Photographien noch beizulegen müssen, so ist es leicht zu er rechnen, welche empfindliche Verluste den Angestellten durch die Zurückhaltung der Zeugnisse und Lichtbilder erwachsen. Die Erfahrung zeigt, daß es notwendig ist, auf diesen Uebelstand hinzuweisen, damit die verantwortungsbewussten Arbeitgeber von jetzt ab wieder zu einer ordnungsmäßigen Rückgabe der Papiere der Stellungsgesuchen übergehen.

Die 4. Klasse der 188. Sächsischen Landeslotterie wird am 4. und 5. Februar 1925 gezogen.

Dr. Thomas abgebaut. Wie von uns vor einiger Zeit schon angekündigt, ist der stellvertretende Kreisbauplatzmann von Hausen Dr. Thomas in den bauernden Ruhestand mit Wirkung vom 1. Jan. versetzt worden. Die bekannte Ministerdrohschüre hatte, wie erinnerlich, von Dr. Thomas Witten als Präsident der Staatspolizeiverwaltung ein wenig glänzendes Bild entworfen, so daß sein Ausscheiden aus dem Staatsdienst kaum zu bedauern ist.

Local-Erfindungsschau vom Patentbüro Krueger, Dresden N. Arthur Müller, Oligas: Epagierhof mit elektrisch leuchtendem Kopf. (Gm.) — Paul Weller,

Mies: Griff für Transportkörbe. (Gm.) — Oelzer, Becker, Weinböck: Vorrichtung zum Braten von Weipeln. (Gm.) — Börner & Co., Weinböck: Bettelhalter. (Gm.)

Das Silbergeld. Nach einer Information die der Sozialminister aus dem Reichsfinanzministerium erhält, genügen die einig seit zurückliegenden Silberkäufe der Reichsbank, um den vorgesehenen Satz von 5 M. geprägtes Silber für den Kopf der Bevölkerung zu decken. Das Reichsfinanzministerium erwägt indessen, die Ausgabe von geprägtem Silber auf 10 M. für den Kopf der Bevölkerung zu erhöhen, allerdings seien die Ermdigungen darüber noch nicht abgeschlossen. Vor allem habe auch der Reichsrat dazu noch Stellung zu nehmen.

Landesverein Sachsen für ländliche Wohlfahrtspflege und Heimatspflege. Der Landesverein Sachsen für ländliche Wohlfahrts- und Heimatspflege veranstaltet während der Landwirtschaftlichen Woche seine diesjährige Hauptversammlung, bei der Schuldirektor Ullig-Hauter, einer der bekanntesten Vorkämpfer in der sächsischen Heimatsache, den Hauptvortrag über das Thema: „Der Bauer als Hüter der Heimat und des Volkstums“ halten wird. Außerdem wird Frau Tecler-Orimma über „Die Freiheit der ledigen landwirtschaftlichen Arbeiter“ sprechen. Den 1. Vorsitz führt Herr Hauptmann Dr. Vogel von Frommannshausen-Oligas; 2. Vorsitzender ist Wehner und Schriftsteller Reibig-Hausen. Alle Anträge erledigt die Geschäftsführerin Fräulein v. Seyditz beim Landeskulturrat Dresden, Simeonstraße 14.

Der 29. Verbandstag sächsischer Handwerker, Schauerler und Marktrentender, der in Plauen abgehalten wurde, beschloß, beim Ministerium des Innern und bei den Behörden behufs scharfer Ueberwachung des Wandergewerbes und Bekämpfung des Schwarzhandels vorkühler zu werden. Vom Referenten Franke (Weiden) wurde darauf hingewiesen, daß jetzt jeder zweite Hausierer als „Schwarzhändler“ angesprochen werden könne. Ein weiterer Antrag, der ebenfalls angenommen wurde, forderie Schaffung eines Reichswandergewerbescheines. Der Verbandsvorsitzende Oskar Schmidt (Dresden) sagte die Bekämpfung des unredlichen Spielas auf Jahrmärkten und Schützenfesten zu. Aus dem Jahresbericht geht hervor, daß der Verband in das 29. Jahr seines Bestehens eingetreten ist, und daß ihm jetzt neue sächsische Vereine mit etwa 2000 Mitgliedern angehören.

Um die Revolutionsfeiertage in Sachsen. Der Reichsminister des Innern hat den deutschen nationalen Antrag auf Aufhebung der jetzt bestehenden sächsischen Feiertage (1. Mai und 9. November) mit den Stimmen der Linksparteien abgelehnt.

Entwurfberatung eines Arbeits-Lammergesetzes. Der Reichsausschuß behandelte gestern nachmittag den Entwurf eines Arbeitsammergesetzes. Regierungsteil wurde mitgeteilt, daß vom Reichsarbeitsministerium aus kaum Bedenken gegen diesen sächsischen Entwurf vorgebracht werden könnten. Nachdem der Linkspolitiker bei dem Entwurf verteidigt hatte, erklärte namens der Deutschen Volkspartei der Abg. Raab dieses Gesetz bei dem gegenwärtigen Zeitpunkt für verfehlt. Er betrauerte ferner die Vertretung der Angestelltenchaft als nicht völlig geregelt und sei gegen die Wahl in den Betrieben, weil sie eine Beeinflussung der Wähler zulasse. Es liegt noch eine Reihe von Änderungsanträgen zu diesem Gesetz vor, die später bei den Beratungen im Plenum mitberhandelt werden sollen.

Entschlossenes Eintreten für das Landeskonfiskatorium. Die Pfarrratskonferenz von Freiberg i. Sa., hat bei ihrer Sitzung in einer einstimmigen Entscheidung an den Pfarrrat erklärt, daß sie sich im Interesse des Zusammenhalts der Kirche und der Würde des Pfarrrates in der königsmächtigsten Beschungsfrage entschlossen hinter das ent-luth. Landeskonfiskatorium stelle.

Außerordentlicher Reichsmietertag in Dresden. Der Bund Deutscher Mietervereine, Sitz Dresden, (Reichsbund Deutscher Mieter) hält Sonntag, 8. Februar, im Plenarsaal des Landtags einen außerordentlichen Mietertag ab.

Das Wohnungselend im Lichtbild. Der Allgemeine Mietbewohnerverein e. V. Dresden, veranstaltete am Dienstag abend im Künstlerhaus vor Vertretern der Regierung, der Stadt und der Presse einen Lichtbildervortrag. Der erste Vorsitzende des Vereins, Herrmann, wies in einer kurzen Ansprache auf die Bedeutung, Zweck und Ziele des Vereins hin. Er betonte vor allem die Notwendigkeit einer hygienischen Wohnung, da der arbeitende Mensch zwei Drittel seines Lebens, die Frau sogar drei Viertel des Tages in der Wohnung verbringe. Sein Nachredner zeigte dann in Lichtbildern ein erschütterndes Wohnungselend. Räume von zwei und fünf Meter Rauminhalt beherbergen in einigen Fällen bis zu sieben Personen. Infolge der allgemeinen Wohnungsnot ist in Dresden zurzeit jede 12. Familie wohnungslos. Der Lichtbildervortrag soll in den sächsischen Städten vorgeführt werden.

Ein Wirtschaftsplan für das westfälische Kohlenabbaugebiet. Am 27. Januar wird, wie die „Leipz. Abendpost“ mitteilt, die Kreishauptmannschaft Leipzig Vertreter des Ministeriums, der Industrie und einer Anzahl Gemeinden zu einer Sitzung berufen, in der ein Wirtschaftsplan für das westfälische Kohlenabbaugebiet beraten werden soll. Es gilt einen Wirtschaftsplan aufzustellen, der die gute Ausnutzung der Kohlenfläche unter Wahrung der vielfachen Interessen der Bevölkerung des Gebietes ermöglicht. Die Kreishauptmannschaft will die Angelegenheit so beschleunigen, daß die Fertigstellung des Planes vielleicht noch in diesem Jahre zu erwarten ist.

In der Frage der Bankengestellen gebähter wurde gestern von dem Reichsarbeitsministerium eingeleitet Schlichtungsausschuß ein Schiedsgericht gefällig, bei eine Erhöhung der jetzigen Gehälter je nach der Gehaltsgruppe von 5 bis 35 Prozent mit Wirkung vom 1. Januar ab vorlieht. Danach stellt sich das tarifliche Höchstgehalt eines Bankangestellten in der untersten Gruppe auf 190,76 Mark, in der mittleren Gruppe auf 282,05 Mark und in der höchsten Gruppe auf 374,92 Mark.

3. Winterausgabe des Reichs-Kursbuchs. Die Nachrichtenstelle der Oberpostdirektion teilt mit: Am 1. Februar wird auch im Eisenbahnbetrieb des belebten Gebiets die mitteleuropäische Zeit wieder eingeführt werden. Mit Rücksicht auf die einschneidenden Änderungen, die hierdurch im Verordnungsplan eintreten werden und die zahlreichen seit der Herausgabe der 2. Winterausgabe eingetretenen und mit der Einführung der M. S. B. noch eintretenden Änderungen in den Tabellen der übrigen Reichsbahnverordnungen ist die Herausgabe einer 3. Winterausgabe 1924/25 des Reichs-Kursbuchs angelegt worden. Die Ausgabe soll Mitte Februar erfolgen. Verteilungen nehmen alle Wochenthalten und zutreffenden Voten entgegen.

Die Zimmerpreise für die Leipziger Frühjahrsmesse 1925. Die Zimmerpreise werden auf der Leipziger Frühjahrsmesse 1925 dadurch eine wesentliche Verbilligung erfahren, daß die zu den früheren Messen von den Messesachern erhobene Reichsmesssteuer bei den durch den Wohnungsausschuß des Reichsamt vermittelten Zimmer vorfällt. Für die vom Wohnungsausschuß vermittelten Zimmer sind im übrigen die Preise von der vorigen Messe beibehalten worden.

— Werktätige Mächtenliste bei den Gasthausangehörigen. Die Mitglieder des Bundes der Hotel-, Restaurant- und Cafésangehörigen in Form einer Neujahrsglückwunschkarte die Summe von annähernd 20.000 M. für die im Bundes bestehende Dr. Blücher-Stiftung. Der Ertrag kommt den Älteren und hilfsbedürftigen Mitgliedern zugute. In Weihnachten verabschiedeten die Ortsgruppen des genannten Bundes für Beschränkungen an Kinder, hilfsbedürftige Familien und erwerbslose Mitglieder die stattliche Summe von fast 60.000 M.

• **Opfer.** Einbruchsdiebstahl. Am 21. Jan. d. N. früh 1/4 Uhr wurde aus der Wohnung des Bodenmeisters Schindl in Oegda mittels Einbruch ein neues Herrenrad, Marke Brennabor Nr. 1048 207, 6 Herrennormalreifen, etwa 9 Mark Geld und ein Viertelpfund Kaffee gestohlen. Sachdienliche Wahrnehmungen, die zur Ermittlung des Täters führen könnten, erbittet die zuständige Gendarmerie in Meisa.

• **Königsberg.** Gemeindeverordnetenversammlung. Vor Eintritt in die Tagesordnung nimmt der Vorsitzende Gelegenheit, nach Begründung eines Jahresberichts vorzutragen, aus dem hervorgeht, daß im vergangenen Jahre die Tätigkeit der Gemeindeverordneten sich hauptsächlich auf dem Gebiete des Bau-, Wohnungs- und Schulwesens entwickelt habe. In Sonderheit seien die Arbeiten dem innern Ausbau der Verwaltung gewidmet gewesen. Die Arbeit hätte ferner in wesentlichen auch der Aufstellung eines geordneten Rechnungswesens und der Haushaltspläne auf Goldmark gegolten. Von den wichtigsten Beschlüssen sei hervorzuheben die Verhinderung der Einziehung des Postamts, die Einführung der kostenlosen Totenbestattung, die Bildung eines Fortbildungsschulverbandes, Ankauf von Grundstücken und Verwertung im Interesse des Wohnungsbaues, Einführung der Kern- und Vorkursfreiheit und Ausbau der Girokasse. Unter Abstattung eines Dankes an die Verordneten und die Beamten spricht er den Wunsch aus, auch im neuen Jahre erfolgreiche und dem Gemeinwohl förderliche Arbeit zu leisten. — Darauf wird in die Eröffnung der Tagesordnung eingetreten und davon Kenntnis genommen, daß 6000 Quadratmeter Land zu Wohnungsbauzwecken angekauft worden sind. Der freiwilligen Feuerwehrgesellschaft werden 100 Mark jährliche Beiträge zu ihren Unkosten gewährt. Der vorliegende Rechenschaftsbericht des Kassenrevisors für die Rechnungsjahre 1920—21, 1921—22 und 1922—23 einschließlich der Schulfallen wird genehmigt und die Rechnung richtig gesprochen, sowie dem Kassierer Entlastung erteilt. Für die künftigen Jahre soll ein Prüfungsausschuß für das Rechnungswesen eingeführt werden. Die Frage der Anstellung eines Verbandsrevisors beim der Beitritt zu einem Verbande soll weiter erörtert werden. Die Entschädigungsforderung des Kassenrevisors wird grundsätzlich bewilligt, es sollen aber wegen einer Herabminderung der Kosten Verhandlungen gepflogen werden. Einem erlassenen Fahrverbot für die Bergstraße wird, soweit es sich um Kraftfahrzeuge handelt, genehmigt. Ein Antrag auf Erweiterung des Verbots auf Radfahrer wird nach kurzer Debatte abgelehnt. Einem Vorschlage des Verwaltungs- und Bauausschusses gemäß, beschließt man einstimmig die Einführung einer Straßenbeleuchtung und verwilligt das vorausgeschickte Rechnungsgeld von etwa 7000 Mark. Einer weiteren Anregung des Verwaltungsausschusses entsprechend beschließt man die Einstellung einer geeigneten Kraft zur Regelung des Gemeindebaumwesens und ermächtigt den Ausschuß, die Einstellung sowie Wahl selbst vorzunehmen. Um die Sparsamkeit der Jugend zu fördern, ist man damit einverstanden, eine Schulpflicht einzuführen, die auf der Mündigkeit und Wertbeständigkeit unter der Garantie der Gemeindeverordneten zu beruhen hat. Die erforderliche Satzung soll in zweiter Lesung beraten werden. Zwei vorliegende Baugesuche werden bedingungslos bzw. bedingungsweise bewilligt. Einem Antrage der Anlieger Kaiser, König und Burkhardt soll entsprochen werden. Sie betreiben die Einziehung eines lange bestehenden Weges, der durch Straßenregulierung überflüssig geworden ist. Die Ausschreibung des Weges soll vorgenommen werden. — Hierauf fand nichtöffentliche Sitzung statt.

• **Glaubitz.** In der Nacht vom 20. zum 21. Januar sind mittels Einbruchs in das Nebengebäude im Grundstück 29 B Langenberg 3 Fahrräder gestohlen worden: 1. Ein Damenrad (Marke Sagonia), schwarzer Rahmen und deraileichen Felgen, Torpedo-Freilauf, Pedalen mit roter Einlage, Prima Fulda-Mantel, Treteiler Kurbelteile; 2. ein Damenrad „Geta“, neue Continental-Vereinigung, gelbe Felgen mit 2 schwarzen Streifen, Unions-Freilauf, nach oben gebogene Lenkstange, grünlisches Netz mit Regalhalter; 3. ein Herrenrad, neu, Marke „Primus“, schwarzer Rahmen mit schwarzen Felgen, Exzelex-Vereinigung gelber Sattel, vernickelt, gelbe Sattelgabel, Lenkstange nach oben gebogen. Sachdienliche Wahrnehmungen wolle man der Gendarmerie Glaubitz melden. Vor Ankauf wird gewarnt.

• **Rohrweil.** Eine Feuerstrome ist auf dem Rathaus-Platz am 20. Januar ausgebrochen und am Sonnabend ausgebrocht worden. Sie ist im Umkreis von 4—5 Kilometer zu hören. Die Strome, ein Produkt von Siemens u. Halske, Berlin, besteht aus einem Rotor von 1 PS und dem Deul-instrument, bei dem durch wahlweise schnelle Umdrehungen das Deulen erzeugt wird.

• **Dresden.** Von der Polizei wurde der Kaufmann Martin Langer aus Schwednitz gebürtig, wegen Betrugs festgenommen. Langer suchte bei hiesigen Zigarettenfabriken um einen Posten als Reisender nach und erbat sich Muster. Diese Muster verkaufte er sofort und verbrauchte den Erlös in seinem Kupon. Er gab sich auch als Inhaber eines Zigarettengeschäftes aus und ließ sich Waren auf Kredit nach verschiedenen Orten senden. — Nachdem erst am 8. Januar der Preis erhöht worden ist, tritt von heute Donnerstag ab, eine neue Preiserhöhung in Kraft. Das Bierpund-Brot 1. Sorte kostet nun 82 Pfg., das Bierpund-Brot 2. Sorte 74 Pfg.

• **Freital.** Am Dienstag nachmittag wurde hier ein fünfjähriges Mädchen weinend angetroffen, das an der Schlafseite eine blutunterlaufene Quetschung und blutige Unterleider aufwies. Die Kleine ist von einem älteren Manne aufgefordert worden, ihm ein Paket zu tragen. Er hat das Mädchen dann mit sich genommen und jedenfalls ein Verbrechen an ihm verübt.

• **Pulsnitz.** Am Sonntag früh brach in dem Wohnhause des Steinarbeiters Guhr in Oberlichtenau Feuer aus. Das Anwesen brannte bis auf die Umfassungsmauern nieder. Der entstandene Schaden ist erheblich. **Dippoldiswalde.** Der Ritterschuppenverein Dippoldiswalde teilt zu der vom Kreis-Ausschuß II. Bericht in der letzten Sonnabend-Dr. beschlossenen Ablehnung seines Einspruches gegen das Dringliche über die Gebühr für Straßenreinigung usw. in Dippoldiswalde mit, daß er Einspruch erhoben hätte, weil die Steuer nach dem Friedensabnahmewerte der Gebäude im Sinne des § 6 der ersten Schätzungs-Notverordnung zum Volle der Dritten Steuerordnung bemessen und vom Hauseigentümer nach dem Friedenswertwert der einzelnen Wohnungen auf die Mieter umgelegt, von den Mietern eingehoben und in einer Gesamtsumme an die Stadtabte abgesehen wird. Im Streitigkeitsfalle geht der Stadtrat die Steuer im Wege der Zwangsvollstreckung vom Mieter ein. Der Verein war der Auffassung, daß diese Bestimmung zu unrichtig getroffen worden sei, da nach dem § 11 der ersten Schätzungs-Not-

verordnung vom 8. März 1924 die Gemeinde für die Dauer der Erhebung der Mietsteuer keine weiteren nach der Miete bemessenen Steuern von den Mietern erheben dürfen.

• **Schneeberg.** Hier erzielten nach der Unterrichtsfrage zwei Fortbildungsschüler in Streit. In dessen Verlauf kam ein anderer Fortbildungsschüler den Bedrängten bei, zog sein Messer und schlug dem Dritten in die Seite. Darauf ergriff er die Flucht.

• **Chemnitz.** In dem Mordprozess vor dem gemeinsamen Chemnitzer Schöffengericht, wo sich 43 Angeklagte wegen insgesamt 23 Einbruchsdiebstählen in Chemnitz, Plauen, Jena und Berlin zu verantworten hatten, wurde am Mittwochabend das Urteil gefällt. Es erzielten der Hauptangeklagte Dregstein 9 Jahre Zuchthaus, die Preisler Probst 5 Jahre Zuchthaus, die Angeklagten Schilbach und Brey 4 bzw. 3 Jahre Zuchthaus. Von den übrigen Angeklagten wurden 13 freigesprochen. Die übrigen erhielten Gefängnisstrafen von einem Monat bis zu 2 Jahren. Die Untersuchungshaft wurde, in allen Fällen voll angerechnet.

• **Chemnitz.** Das alte Lied. Beim Spielen mit einem Luftgewehr schoß auf der Dittesstraße aus der im dritten Obergeschosse gelegenen eiterlichen Wohnung ein 12-jähriger Schulknabe einen auf der Straße liegenden sieben Jahre alten Knaben in die Stirn und verletzte ihn so schwer, daß sofort ärztliche Hilfe notwendig wurde. — Im benachbarten Radenstern wohnt ein 18-jähriger landwirtschaftlicher Schüler auf der Treppe aus und kam zu Fall. Dabei entlud sich ein Revolver, den er in der Tasche trug, und verletzte ihn so schwer, daß er an den Folgen der Verletzung im Krankenhaus verstarb.

• **Falkenstein i. V.** Der Ehrenbürger der Stadt Falkenstein, Fabrikbesitzer Friedrich Bleyer beging am Sonntag mit seiner Gattin das Fest der goldenen Hochzeit. Bleyer gehörte früher der 2. Kammer des sächsischen Landtags als Mitglied der Nationalliberalen Fraktion an. **Leipzig.** Am 19. d. Mts. gegen 1/5 Uhr ist ein Radfahrer, ein 34-jähriger Bauarbeiter aus Elßig, in der Frankfurter Straße mit einem ihm entgegenkommenden Straßenbahnwagen so heftig zusammengefahren, daß er den Verstand verlor, nachdem er noch einige Meter gefahren war. Der Verunglückte ist, wie die U.N.R. berichtet, einige Stunden später im Krankenhaus St. Georg, wohin er sofort gebracht worden war, gestorben. Nach Beglaubigung ist der Verunglückte hinter einem Straßenbahnwagen gefahren, den er überholen wollte. Nicht hinter dem Buge hat er sein Rad auf das linke zu seiner Fahrtrichtung gelegene Straßenbahnrad übergeleitet, ohne zu beachten, daß ihm dort ein anderer Zug entgegentam. Dem Führer war es bei der Kurve der Entferrnung, in der der Radfahrer plötzlich auftauchte, nicht möglich, seinen Wagen anzuhalten.

Sie haben es nicht notwendig

eine Sondergebühr von 20 Pfennigen zu zahlen, wenn Sie Ihr Postabonnement für den Monat Februar noch vor dem 25. d. Mts. erneuern, da die Post auf Zeitungsbestellungen nach dem 25. eines Monats vorstehende Gebühr erhebt.

• **Leipzig.** Zu den Gerüchten über große Kreditunregelmäßigkeiten bei der Leipziger Stadtbank teilte der Rat der Stadt Leipzig die Leipziger Neuesten Nachrichten u. a. mit: Es haben mehrere in wichtiger Stellung befindliche Beamte gemeinsam gegen die allgemeine Dienstvorschrift und besondere Anweisungen gehandelt und einer Firma fortlaufend Kredite gewährt. Dies hielten sie ebenfalls gegen bestehende Vorschriften lange Zeit geheim und gestanden es erst ein, als der jener Firma gewährte Kredit große Beträge erreicht hatte. Es sind sofort die nötigen Maßnahmen ergriffen worden, um die Wiedereinbringung der Beträge zu sichern. Insbesondere hat die betreffende Firma ihre gesamten Aushände und sonst vorhandene Vermögenswerte der Stadtbank übereignet. Der größte Teil der gewährten Kredite wird dadurch wieder zurückkommen. Aber ein Verlust von 150.000 bis 200.000 Mark ist möglich. Die beiden am meisten belasteten Beamten sind sofort ihres Postens entbunden und ein Disziplinarverfahren gegen sie eingeleitet worden. — Die Sächs. Stadtbank in Leipzig hat ihre Hauptgeschäftsräume nach der Schillerstraße 6 verlegt. Aus Anlaß dieser Uebersiedelung fand eine kleine Feier statt, bei der Ministerialdirektor Dr. Debrich dem Institut die Glückwünsche der Sächsischen Staatsregierung überbrachte. — Am Montag verstarb der Leiter des Gymnasial-Instituts der Universität Leipzig Professor Dr. Rühr im Alter von 46 Jahren.

• **Leipzig.** Ein schwerer Verkehrsunfall ereignete sich am Mittwoch früh in der Kirchstraße. Dort wurde eine etwa 60 Jahre alte Frau, die vorschriftsmäßig mit dem Fahrrad auf der rechten Straßenseite fuhr, von einem Leipziger Privatauto überholt und umgefahren. Die Frau blieb in schwerem Verletzte Zustand auf dem Straßenpflaster liegen, während der rücksichtslose Autofahrer unentdeckt davonfuhr. Die Veronalten der Verunglückten konnten noch nicht festgestellt werden. Die Frau wurde ins Krankenhaus gebracht, ihr Zustand ist bedenklich.

• **Leipzig.** Die riesige Zunahme des Verkehrs macht auch den Behörden viel Sorge. Der Rat hat jetzt den Stadtvorordneten eine Vorlage unterbreitet, die den Ertrag von Bestimmungen für die Unterbringung von Kraftwagen mit Verbrennungsmotoren und von Motorfahrzeugen in Kraftwagenhöfen betrifft. Diese Bestimmungen gliedern sich in „Oberkreuzen“ und „Nichtkreuzen“. Den weit größeren Raum nehmen die Nichtkreuzen ein, die nur die Richtung geben sollen, wie bei Anlegung von Kraftwagenhöfen zweckmäßig zu verfahren ist. Das Wort Kraftwagenhof, also nicht Groß- oder Sammelgarage, ist begrifflich so zu deuten, wie etwa Fremdenhof, Bahnhof, Messehof, Handelshof, das also mit dem Hof im landläufigen Sinne (Wirtschaftshof) nichts zu tun.

40 Milliarden Gold gehamkert.

Die letzten Statistiken über den Umlauf gemünzten Goldes in der Welt, die von den Vereinigten Staaten ausgegeben worden sind, befestigen den Umlauf an Goldmünzen auf die Riesensumme von 36.840 Millionen Mark. Zugleich wird eine Schätzung des Goldreichtums versucht, der sich überhaupt gegenwärtig im Besitz der Menschheit befindet, und die amerikanischen Statistiker beziffern diese Goldmenge auf einen Wert von 79.900 Millionen Mark. Es ergibt sich also daraus die überraschende Tatsache, daß mehr als 40 Milliarden Mark „gehamkert“ sind. Wo befinden sich nun diese Riesensummen? Wie sind sie verwendet? Diese Frage sucht ein englischer Münzschaffveränderer zu beantworten. Nach den ungefähren Schätzungen dürften etwa 20 Milliarden Gold zu Schmutz verarbeitet sein, aber es bleibt dann immer noch eine ebenso große Summe übrig, die irgendwie „versteckt“ jedenfalls nicht der Verwendung als Geld zugeführt ist. Bei uns ist während des Krieges und nach dem Kriege viel darüber gelaugt worden, daß das Gold nicht in die Reichsbank kam, wie immer dringender gefordert wurde.

Aber nicht nur bei uns wird Gold gehamkert, sondern in anderen Ländern in noch viel größerem Maße. Der amerikanische Schatzsekretär Joseph S. McCook erklärte vor einigen Monaten, daß wenigstens 900 Millionen Mark von Fremden in den Vereinigten Staaten hinterlegt seien, die aus verschiedenen Gründen ihren Reichtum geheim halten wollten. 500 Millionen Mark würden von den Landeuten aus ähnlichen Gründen versteckt und 175 Millionen Mark würden verborgen von „armen Leuten, die in Geld und Not über ihren Schätzen hocken, die sie in Strampfen, Kaffeetöpfen und Einmachgläsern versteckt oder unter Bäumen vergraben haben.“ Jedoch steht Amerika im Aufspeichern von Schätzen noch weit zurück hinter Indien, wo das Anhäufen von Gold dem Volke von Rajah bis zum Bettler im Blut liegt. Die Frauen der armen indischen Bauern besitzen gewöhnlich goldene Armbänder, Armbänder oder Rasenringe. Jeder sucht die Banknoten in Gold umzuwechseln und trennt sich nur in höchster Not von dem blutenden Schatz. Die eingeborenen Fürsten und Prinzen schmücken ihre Tälte und ihre Frauen am liebsten mit Gold. Es gibt in Indien einen Rajah, dessen Palastfenster aus zahllosen kleinen Glasstücken bestehen und in der Mitte jeder dieser Glasstücke befindet sich ein englisches Goldstück. Andere indische Fürsten wieder empfinden eine wahre Follie, wenn sie in großen Haufen von goldnen „Rohurs“, den alten indischen Goldmünzen, wählen können, und manche unter ihnen besitzen Goldbarren, die 20 Millionen und mehr wert sind. Duzende von indischen Tempeln sind mit reinem Gold geschmückt. Gold wird von den Frommen den zahllosen Göttern des indischen Pantheons dargebracht, und die Gotteshäuser werden regelmäßig immer wieder mit dem kostbaren Metall vergoldet. Auch in China gibt es solche vergoldete Tempel. Der Schmuggel von Gold nach Indien wird allein für das Jahr 1920 mit einem Wert von 80 Millionen Mark monatlich angegeben, und viel von diesem Gold geht nach China und Tibet. Auch in Südafrika wird von den Eingeborenen Gold „gehamkert“. So berichtete eine südafrikanische Bank im Jahre 1913, daß Gold für nicht weniger als 360 Millionen Mark von den Kaffern verborgen und vergraben worden sei. Natürlich ist auch in den europäischen Ländern viel Gold versteckt. Das Gold, das von französischen Spatzen „im Strumpf“ aufbewahrt ist, wurde im vergangenen Mai offiziell mit 200 Millionen Mark befristet, und das gehamkerte Gold in England schätzt man auf 40 Millionen.

Was versteht man unter Fleischvergiftung?

Von A. Judenack.

Nicht selten sieht man in Zeitungen, daß an einem Ort eine größere Zahl von Menschen gleichzeitig an schwerem Nierenschmerz erkrankt, z. T. auch gestorben sei, und daß die Nachforschungen als Ursache der Nierenerkrankungen den Genuß von Fleisch aus einer bestimmten Quelle ergeben hätten. In der Regel stellt sich dann weiter heraus, daß das Fleisch von einem an Eiterungen, Darmkatarrh, allgemeiner Bluterkrankung oder sonstwie erkrankten und deshalb mangelhaften Tier herkam. Die Krankheit des Tieres war durch Bakterien bestimmter Art hervorgerufen, die sich im ganzen Körper des Tieres verbreitet hatten, beim Genuß des Fleisches dann in den Darmkanal des Menschen gelangt waren und so auch diesen krank gemacht hatten. Es ist klar, daß nur eine gründliche und sehr genau durchgeführte Fleischschau, die manchen Dries jetzt schon durch die bakteriologische Untersuchung des Fleisches in verdächtigen Fällen ergänzt wird, gegen solche Gefahren schützen kann. Nach dieser Richtung bestehen aber noch vielfach, namentlich in kleinen Städten ohne Schlachthaus und auf dem Lande, Mängel. Der Genuß von rohem oder mangelhaft durchgebratenem oder durchgebratenem Fleisch ist besonders gefährlich, weil in ihm die krankheitserregenden Bakterien am Leben bleiben, während sie bei hinreichendem Erhitzen absterben. Man sollte es sich zur Regel machen, Fleisch nur in gut durchgebratenem oder durchgebratenem Zustande zu essen. Allerdings schmeckt auch das nicht völlig sicher, weil durch das Erhitzen die Stoffwechselprodukte der Bakterien, die zuvor im Fleisch vorhanden, nicht immer unschädlich gemacht werden und dann doch noch Erkrankungen verursachen können.

Gelegentlich wird auch Fleisch ganz gesunder Schlachttiere erst nach der Schlachtung mit derartigen Bakterien dadurch verschmutzt, daß beim Zerlegen des Fleisches beschäftigte Personen die Bakterien als sog. Dauerträger im Darm beherbergen und sie infolge unrichtigen Verhaltens mit den Händen auf das Fleisch übertragen. Erst wenn sie so Verbraucher gefährden, werden solche Bakterienträger entdeckt und dann durch die Gesundheitsbehörden aus ihrem Verzuge entfernt. Gegen die durch sie drohenden Gefahren kann sich der einzelne wiederum nur dadurch sichern, daß er Fleisch in gehörig durchgebratenem oder durchgebratenem Zustande genießt.

Eine glücklicherweise seltene, aber sehr schwere, ab und zu sogar tödliche Vergiftung, die mit Lähmungen der Augenmuskeln, Schlundmuskeln usw. einhergeht, kann durch den Genuß schlecht durchgebratenen oder durchgeräucherter Fleisch, aber auch durch den Genuß nicht völlig feimreiner Konserven entstehen. Es handelt sich bei ihr um die Wirkung der Giftstoffe von Bakterien, die in solchen unzureichend konservierten Nahrungsmitteln nachher. Man entgeht der Gefahr, indem man sich des Genußes aller dem Auge, der Nase oder der Zunge nicht ganz normal erscheinender Konserven (also z. B. der aufgetriebenen Konservendosen und aufgeschwemmten Beleggläser) enthält. Erneutes Kochen der konservierten Nahrungsmittel beseitigt ihre Giftigkeit nicht!

Marktberichte.

Künftige Notierungen der Produkten-Börse zu Chemnitz vom 21. Januar, nachm. 3 Uhr. Stimmung: ruhig. Weizen, 74 kg 256—266, Roggen, hiesiger, 70 kg 258—266, do. niederl. u. preuß., 71 kg 296—276, Wintergerste 250—260, Sommergerste 290—280, Hafer 185—220, Mais 230—240, Weizenmehl 70%, 42,50, Roggenmehl 60%, 44,00, Weizenkleie 16,50, Roggenkleie 14,50, Miefenheu 12,00, Heuheu —, Getreide-Strah, lose —, do. gepreßt 5,00. Die Preise verstehen sich bei Getreide in Ladungen von 200 bis 800 Ztr., bei Mehl in Mengen unter 100 Ztr., bei Heu und Stroh ladungsweise franco Chemnitz in Goldmark. **Künftig festgesetzte Preise an der Produktenbörse zu Berlin** am 21. Januar. Getreide und Olsaaten pro 1000 kg, sonst pro 100 kg. (In Goldmark der Goldmark oder in Rentenmark.) Weizen, märkischer 257—264, pommerischer —, Westpreussischer 250—258, mecklenburgischer —, ostpreussischer —, Geringe, Futtergerste 230—252, Sommergerste 230—212, Osef, märkischer 190—201, pommerischer 180—190, ostpreussischer 181—198, Mais, loco Berlin —, Waggon frei Hamburg 225—227, Weizenmehl pro 100 kg frei Berlin brutto inkl. Sad (feinste Marken über Rouben) 34,75—37,75, Roggenmehl pro 100 kg frei Berlin brutto inkl. Sad 24,75—27,75, Weizenkleie, frei Berlin 16,70—16,80, Roggenkleie, frei Berlin 16,70—16,80, Weizen —, Reis —, Victoria-Weizen 30—33, Heine Speise-Weizen 20—23, Futterweizen 20—20,50, Weizen 17,50—18, Weizen 20—21, Weizen 16—18, Lupinen, blaue 13—13,50, gelbe 16—17, Cereale alte —, neue 17,50—18,50, Rapstuden 19, Weizen 26, Troaden 9,90—10, Weizen 20,50—20,70, Zerkleinst 20,70 10. Kartoffeln 20,50—20,70.

Deutschland und Frankreich.

Paris, 22. Januar. In den Kreisen des Berliner Auswärtigen Amtes weilt man darauf hin, daß durch den Regierungswechsel in Deutschland in den deutsch-französischen Beziehungen und besonders in der deutschen Politik gegenüber Frankreich absolut keine Veränderung eingetreten ist.

Eine weitere vorläufige Note der Alliierten bevorstehend.

London, (Funkdruck). Der diplomatische Berichterstatter des „Daily Telegraph“ schreibt: Die alliierten Regierungen, und besonders die britische, seien geneigt, eine weitere vorläufige Note nach Berlin zu senden, die auf die von Stresemann vorgebrachten Argumente und Anfragen in allgemeinem gehaltenem Sinne antworten werde.

Dr. Wirth in Opposition.

Berlin, 22. Januar. In einer Unterredung mit einem Vertreter des „Berliner Tageblatt“ erklärte der frühere Reichskanzler Wirth über seine Stellungnahme zum Kabinett Luther und zu der vom Reichskanzler abgegebenen Regierungserklärung u. a., daß er in dieser Regierung in Opposition stehe und sich nach dieser Richtung von seinen politischen Freunden, welche eine Art wachsame Neutralität als Ausdruck der politischen Meinung des Zentrums bekannt gegeben hätten, unterscheide.

England und die außenpolitische Aussprache im deutschen Reichstage.

London, 22. Januar. Die deutsche Reichstagsdebatte ist in den maßgebenden englischen Kreisen, wie die „T. H.“ aus gutunterrichteter englischer Quelle erfährt, geteilt aufgefaßt worden. Das Nebenstück zwischen Dr. Breitscheid und dem Grafen Westarp hat seinen guten Eindruck hinterlassen und auch an der Kanzlerrede wird manches ausgesagt, wobei jedoch gesagt werden kann, daß der heutige Zeitartikel der Times, der die Londoner Stimmung kennzeichnet, die Kritik in weit schärferer Form ausdrückt, als der tatsächlich maßgebende Auffassung entspricht.

Das „Vertrauensvotum“ der Rechten in Preußen.

Da die Opposition im preussischen Landtag nicht die verfassungsmäßige Mehrheit für ein Vertrauensvotum — über die Hälfte der Mandate — aufzubringen glaubt, da andererseits aber die jetzigen Regierungsparteien schwächer sind als die Opposition und deshalb ein Vertrauensvotum nicht wagen können: haben die beiden Parteien der Rechten ein solches eingebracht. Der ausgesprochene Zweck ist, zu zeigen, daß das Kabinettsmitglied Braun über seine politische Weisheit im Landtag verfügt. Nicht zum ersten Male wird dieser Trick angewandt. Er ist schon mehrfach versucht worden, um die Reichstagsmehrheit in Verlegenheit zu setzen, wenn sie sich zwar auf einen Billigungsantrag, nicht aber auf ein Vertrauensvotum einigen konnte.

Der Kampf um Braun.

Der Kampf geht weiter. Braun und Severing sehen sich veranlaßt, selbst in höchstgelegener Person einzugreifen und sich zu verteidigen. Die treue Gefolgschaft scheint es ihnen

nicht gut genug zu machen, die Art jedoch, wie sie beide kämpfen, offenbart nur zu deutlich ihre schwache Stellung. Ihre Parteiarbeiterschaft verteidigen sie, nicht ihre staatliche Stellung. So läßt sich auch Herr Braun durch den Entwürfssturm von der Rechten, als er von den konservativen Kriegsgegnern sprach nicht weiter abhalten. Man legte den beiden Geschäftsministern von rechts ordentlich zu. Da man schon heute abstimmen will, wird zweimal Schluß der Debatte beantragt und endlich auch erreicht. Doch von Camp und Wulle bemerkten persönlich so viel, daß Herr Braun wieder anfängt zu reden. Nun ist die Debatte nochmal eröffnet laut Statuten, also: und so weiter.

Beratungen zur Erwerbslosenfrage.

Der Reichstagsausschuß für soziale Angelegenheiten behandelte gestern einen Zentrumsantrag, der die Spanne der Unterhaltungsfrage zwischen männlichen und weiblichen Erwerbslosen beseitigen will. Von Regierungsseite wurde dagegen ausgeführt, daß die wirtschaftlichen Auswirkungen einer solchen Gleichstellung bei der beabsichtigten Erhöhung der Höhe von sehr großer Bedeutung wären. Lediglich in einigen Industrien hätten die Frauen bei gleicher Leistung dieselben Lohnsätze errungen wie die männlichen Arbeiter. Inmeist ständen die Löhne der weiblichen ungelerten Arbeiterinnen 30 Prozent unter denen der männlichen ungelerten Arbeiter. Bei den gelernten Arbeitern beider Geschlechter betrage der Unterschied 20 Prozent, während sich die Spanne bei der Angehörigenschaft allgemein auf 10 Prozent verringere.

Ueber Tarifgestaltung der Reichsbahn.

Berlin, 22. Januar. Der Verkehrsausschuß des Reichstages beschäftigte sich gestern mit der grundsätzlichen Frage, inwiefern noch eine Einkunftsabhängigkeit auf die Tarifgestaltung der Reichsbahn besteht.

Reichsverkehrsminister Krohn

betonte die Notwendigkeit eines engen Zusammenarbeitens zwischen Ministerium und Reichsbahnverwaltung. Bezüglich der Fortentwicklung der Tarife sei vereinbart, daß die Referenten des Ministeriums und der Eisenbahn ständig zusammenarbeiten. Besonders angelegen sein lassen werde es sich die Frage der Einnahmenschlagstarke.

Hg. Dr. Reichert (Dn.) beantragte einen von allen Parteien gestellten Antrag, wonach die Reichsregierung dem Reichstage jedes Vierteljahr Bericht über die Betriebsverhältnisse usw. erstatten soll. Die jetzigen Eisenbahntarife seien noch zu hoch. Für hochtarifizierte Güter sei die Konkurrenz des Automobilverkehrs sehr erheblich. Die vor dem Kriege vorhandenen Exporttarife müßten wenigstens in beschränktem Maße wieder eingeführt werden.

Hg. Fischbeck (Dem.) betont, daß der Reichstag nach der Konstitution der Reichsbahngesellschaft durchaus in der Lage sei, bei den Tariffragen mitzuarbeiten und begründete die Art und Weise, wie der Minister sich die Zusammenarbeit zwischen Ministerium und Reichsbahngesellschaft denkt.

Hg. Dr. Wolf (D. Sp.) wünscht eine Zusammenstellung über die Lage des Privatverkehrs in Deutschland. Der Vorsitzende des Ausschusses, Hg. Dr. Gilbe-meister (D. Sp.) fasste das Ergebnis der Aussprache dahin zusammen, daß nunmehr das Verkehrsministerium die Stellung eines Kontrollorgans erhalten habe, während beim Verkehrsministerium einnehme.

Einstimmig angenommen wurde ein Antrag, in dem die Reichsregierung ersucht wird, die Reichsbahngesellschaft zu veranlassen, den geltenden Ausnahmestarif für den Fernstoffbezug der Gruben- und Eisenhütten und ihrer Nebenbetriebe mindestens um 20 Prozent zu ermäßigen. Durch diesen Antrag sind die vorliegenden Einzelanträge erledigt.

Nitti über die Lage in Europa.

Paris, 22. Januar. Der frühere italienische Ministerpräsident Nitti gewährte dem Vertreter eines Wiener Blattes in Zürich eine längere Unterredung, in der er u. a. sagte:

Die Verträge von Versailles und St. Germain — die schwächsten Taten der Weltgeschichte — nehmen Oesterreichs Lebenskraft. Das Land ist zu klein und hat eine verhältnismäßig viel zu große Hauptstadt. Oesterreich ist von besten Willen besetzt, begehrt aber der Feindschaft von ganz Europa. Darum beürtheile ich, daß Oesterreich in seiner heutigen Form unter den gegenwärtigen Verhältnissen nicht lebensfähig sein kann. Von keinem Staat kann man erwarten, daß er auf alles entsetzt, was ihm genommen wurde und die gegenwärtige Lage als dauernd normalen Zustand anerkennt. Als Vermittler und Ausgleichsform wurde der Völkerverbund eingerichtet. Ich sehe im Völkerverbund lediglich einen gegenseitigen Garantien wieder. Wenn beispielsweise morgen Deutschland den ihm auferzwungenen abstrusen Korridor von Danzig durchbricht, Ungarn einen Feldzug zur Aneignung der abgetretenen Landesteile beginnt, Rußland Beharabien und das verlorenen Küstengebiet zurückfordern würde, dann wäre Italien gezwungen, für die gewalttätige Aufrechterhaltung der gegenwärtigen politischen Verhältnisse ins Feld zu ziehen. England und Italien können diesen Part nicht annehmen, auch wenn wir ihn unterzeichnet haben. Einen christlichen Frieden kann er nicht gewährleisten. Der Vertrag von Versailles stellt fest, daß die Demobilisierung Deutschlands den Anstoß zur Entwarnung aller anderen Staaten darstellen soll. Demgegenüber vergrößern die Siegerstaaten ihre Heeresbestände und ganz Europa steht in Waffen. Früher bedrohte eine elbische Frage den europäischen Frieden, heute gibt es zehn elbische Fragen. Nitti meinte zum Schluß, der entscheidende Schritt zur wirtschaftlichen Befreiung Europas könne nur in der Form der Aufhebung der Zollgrenzen getan werden. Für den Fall, daß er die Leitung der Geschäfte in Italien wieder übernehmen wird, denkt er die Zollunion Italiens mit den Nachfolgestaaten der ehemaligen österröisch-ungarischen Monarchie durchzuführen. Die anderen Staaten würden dem Beispiel folgen.

Zum Sturze Trotzki's.

Von Dr. Elias Hurwicz.

Trotzki's Enthebung von seinen Postern durch das Generalsekretariat der Sowjetrepublik hat nicht nur in der russischen, sondern auch in der europäischen Presse ein großes Aufsehen erregt. Dieses Aufsehen erklärt sich durch die Persönlichkeit Trotzki's selbst und die Stellung, die er als Haupt der Roten Armee einnahm. Allein es gilt, die Bedeutung dieses Wechsels in der Sowjetregierung richtig einzuschätzen.

Das Bild der Verhandlungen, durch die Trotzki's Entlassung besiegelt wurde, ist deutlich genug. Das Generalsekretariat offenbart uns selbst das innerste Motiv, das es zu jenem Entschlusse anregt hat: Die Partei, die ihre Erfolge ihrer eisernen Diktatur verdankt, habe Trotzki's Kritik am Bolschewismus „ein Ende machen“ müssen. Wie ist aber dabei der Begriff der Parteidiktatur von den zeitlichen Machthabern ausgelegt? Wie ist Trotzki's gleichzeitig mit jenem Beschlusse veröffentlichter Brief an das Generalsekretariat, in dem der nunmehrige Chef der Roten Armee sich gegen die „lipenhaften und ungeheuerlichen Anklagen“ seiner Verfolger vermahnt. Daß die neuen Trotzki's erhabenen Anklagen, die beinahe wie die Volksbildung eines Verrats am Bolschewismus klingen, in der Tat recht aufgebaut sind, zeigt schon der von Trotzki in jenem Brief selbst angeführte Umstand folgender: die sehr ihm inkriminierten Publikationen sind seitens der Partei Kenntnis des Generalsekretariats der kommunistischen Partei geblieben und haben bereits, unbekanntlich, mehrere Auflagen erlebt. Der ganze Streit zwischen Trotzki's und Sinowjew dreht sich in der Tat um die Frage: wer der echte Führer der Leninischen Tradition sei: Sinowjew mit seiner einseitigen Betonung der Aktion der III. Internationale oder aber Trotzki's mit seiner Forderung der Konzeptionen, der Heranziehung der Parteieliten und der Bauern, Trotzki's, der durch seine Publikationen seine besondere Nähe zu Lenin beweist, die Sinowjew aber als sein Monopol ansieht. Man weiß aber jeder Weise, daß Konzeptionen und Heranziehung der Bauernschaft und der Parteieliten von der Sowjetregierung selbst in letzter Zeit besonders erregt werden. Wollte Sinowjew nicht, daß die in der westeuropäischen Presse bereits aufgetauchte Vorstellung, als wolle Trotzki's bereits und unmittelbar in Sowjetrußland das parlamentarische Regime einführen.

Daher muß man dem „Daily Chronicle“ wohl recht geben, der anlässlich der Demission Trotzki's die Ansicht ausspricht, daß die Ereignisse der jüngsten Vergangenheit in Sowjetrußland durchaus nicht von einer etwaigen Schwächung der bolschewistischen Oligarchie, sondern vielmehr von ihrer Erstarrung zeugen. Allein diese Ereignisse zeigen zugleich, daß es sich zur Zeit in Rußland um ein Evolutionsproblem handelt, daß die Führer und die Ideen dort kleiner werden. In Sowjetrußland rückt sich wieder einmal das absolutistische System, dessen Fluch der Mangel an Elastizität ist.

Noch einer vielfach verbreiteten Vorstellung muß schließlich entgegengetreten werden: als könnte Trotzki's ein „weiter Napoleon“ werden und, ausgelöst auf die Rote Armee oder deren Teile, den ihm ausgetroffenen Feldherrndichsel aufschmeißen. Wir haben bereits früher, als die Polemik gegen Trotzki's in der Sowjetpresse erst begann die sichere Annahme ausgesprochen, daß Trotzki's sich allen Vorteilsbedingungen bedingungslos fügen wird. Dies ist nunmehr geschehen und Trotzki's erklärt sich bereit, selbst mit dem unbedeutendsten Amte innerhalb des Sowjetapparates vorlieb nehmen zu wollen. In der deutschen Presse wurde mit Recht auf den Punkt 3 der „Urteilsbeurteilung“ gegen Trotzki's hingewiesen, der besagt, daß die Entscheidung über die weitere Verwendung Trotzki's bis zum nächsten Parteitag aufgeschoben sei. Aber eben dieser Umstand, daß man die Tür noch offen läßt, zeigt vielleicht am besten, daß selbst die Anklagen — die die Rolle Trotzki's als „Rebellen“ nicht gar zu sehr überbläst.

Politische Tagesübersicht.

Die Sonderstellung Dr. Wirth's. In den parlamentarischen Kreisen hat es großes Aufsehen hervorgerufen, daß der frühere Kanzler Dr. Wirth innerhalb der Zentrumsfraktion gegenüber dem Kabinett Luther eine besonders ablehnende Stellung einnimmt. Wie wir hierzu von unternommener Seite erfahren, hat die Zentrumsfraktion ihren Mitgliedern zwar völlig freigestellt, für ihre Person in der Regierungsfrage Stellung zu nehmen, aber es wurde ausdrücklich vereinbart, daß ein besonderes Vorgehen im Reichstag vermieden werden soll. Es ist daher nicht anzunehmen, daß Dr. Wirth und die hinter ihm stehenden Zentrumspolitiker ohne Verhandlung mit der Zentrumsfraktion gegen das Kabinett Luther vorgehen werden.

Interfraktionelle Besprechungen nach der Debatte. Wie wir erfahren, werden auf Wunsch der Deutschen Volkspartei nach der Beendigung der Debatte über die Regierungserklärung zwischen den der Regierung nahestehenden Fraktionen gemeinsame Besprechungen stattfinden, zu denen auch der Reichskanzler Dr. Luther hinzugezogen werden soll. Gegenstand dieser Besprechungen dürfte die Interpretation des Regierungsprogramms und die Durchführung der angeführten gleichgerichteten Arbeiten bilden. Weiterhin soll bei dieser Gelegenheit eine grundsätzliche Entscheidung darüber fallen, ob die beiden Rechtsparteien ihren Antrag auf Aenderung der Reichsstarben aufrecht erhalten wollen.

Zum Achtundentag in Frankreich. Die beschlossene geplante Einführung der achtstündigen Arbeitszeit bei den Eisenbahnen wird nach Ansicht berufener französischer Wirtschaftsexperten erhebliche Störungen für die Finanz- und Wirtschaftslage Frankreichs zur Folge haben. Infolge der verkürzten Arbeitszeit werden, wie ein Mitglied des Ausschusses für Handel und Industrie im „Echo de Paris“ ausführt, 15 000 neue Beamte in den Betrieben eingestellt werden müssen. Dadurch entsteht eine Mehrausgabe von 125—140 Millionen Franken.

Bombenabwurf in der internationalen Langerzone. Nach einer Havasmeldung aus Tanger hat ein spanisches Flugzeug gestern früh zwei Bomben innerhalb der internationalen Zone abgeworfen. Man nimmt an, daß der Piloter zu einer Notlandung gezwungen war. Die Bomben abgeworfen hat, um eine Explosion zu vermeiden. Von dem spanischen Oberkommando wurden sofort die nötigen Schritte unternommen, um ähnliche Vorkommnisse in Zukunft zu verhindern.

Zu den Vorgängen in München gibt Havas folgende Darstellung: Im Laufe der Nacht vom 15. bis 16. Januar haben mehrere Männer gegen 3 Uhr morgens in angetrunkenem Zustande unter dem Fenster der Wohnung Heinrichs Widen gehalten. Er, der annahm, daß er es mit persönlichen Wiederkäuern zu tun habe, gab auf die Gruppe einen Revolvererschuß ab, durch den ein Mann tödlich getroffen

ten wurde. Bei seiner Verhaftung behauptete er, in Rotweil gehandelt zu haben. Die Weidung, daß die Befugnisse der Besatzungsbehörde den Besatzungsstand verhängt habe, entspricht nicht den Tatsachen.

Freiwillige Eröffnung des indischen Parlaments. Oesteren eröffnete der Vikar von Indien, Lord Reading, die neue Parlamentssession mit einer bedeutenden Rede, in der er die Einführung der Ausnahmengesetzgebung gegen die terroristische Bewegung verurteilte.

Die Lohnwichtigkeiten im englischen Kohlenbergbau. Heute tritt der Exekutivrat der Bergarbeitervereinigungen zusammen, um sich in Hinblick auf das Ablaufende gegenwärtigen Lohnabkommens über die weitere Politik schlüssig zu werden. Die Vertreter der Bergarbeiter werden drei Fragen zu beantworten haben: 1) Ob sie mit den Bergbetreibern sich verständigen wollen, 2) ob sie das Lohnabkommen im Juni kündigen oder 3) ob sie etwa das gegenwärtige Abkommen sofort brechen wollen. — Die Entscheidung wird von erheblicher Bedeutung für die unmittelbare Zukunft des Kohlenbergbaus sein.

Der Stand der Pariser Wirtschaftsbereinigungen. Die Sachverständigen der beiden Delegationen legen ihre Arbeiten fort. Zuletzt beschäftigten sie sich mit der Frage der Niederlassung von Gesellschaften und Personen der Schiffahrt und des Luftverkehrs. Auch verschiedene Industrielle verhandeln. Es wird erklärt, daß es voraussichtlich zu einem Kompromiß zwischen den deutschen und den französischen Vorschlägen kommen würde.

Trennung von Staat und Kirche in Dänemark? Der sozialdemokratische Kultusminister hat einen Gesetzesentwurf zur Trennung von Staat und Kirche ausgearbeitet. Die Regierung hat zur Fertigstellung der Sparpolitik in allen Verwaltungsbereichen ein umfangreiches Sparprogramm beschlossen, dessen Durchführung der Bundeskanzler persönlich überwachen wird.

Um den amerikanischen Vorkämpferposten in Berlin. Im Weihen Hause verläutet, daß Damrosch dem Präsidenten als Vorkämpferposten für Deutschland vorgeschlagen worden sei. Coolidge sei aber der Meinung, daß ein diplomatischer Vertreter Amerikas nicht in sein Geburtsland geschickt werden dürfe.

Ein großer Alkoholkonflikt in Newyork angebrochen. Die „Totalabseiger“ aus Newyork melden, haben die Prohibitionsbeamten einen großen Alkoholkonflikt angebrochen. Der ehemalige Gouverneur des Staates New-York und der bekannte Senator Edward sind beschuldigt, an der Spitze einer Gesellschaft zu stehen, deren Kapital 6 Millionen Dollar beträgt, die den Handel mit alkoholischen Getränken zum Gegenstand hat.

Zur Lohnpolitik der Reichsbahn.

Ein Vorkampf der Gewerkschaften.

Berlin. Dieser Tage haben Vertreter der Eisenbahnbeamten und Arbeiter sich an den Generaldirektor der Deutschen Reichsbahngesellschaft gemandt und um Aufhebung der Besätze, namentlich für die Eisenbahnarbeiter, nachgesucht. Seitens der Gewerkschaften wurden die neuen Vorkämpferposten damit beauftragt, daß bei dem unablässigen Ansehen der Reichsbahn die Beamten in den unteren Gehaltsklassen und die Arbeiter mit ihren Besätzen nicht auskommen vermögen. Infolge eines starken Druckes ihrer Mitglieder beschäftigten sich im Augenblick alle Organisationsstellen mit einer Forderung der laufenden Tarifverträge. Weiterhin erklärten sie es für ratsam, wenn die Reichsbahngesellschaft angesichts des Umstandes, daß das Washingtoner Abkommen voraussichtlich von Deutschland ratifiziert wird, die Arbeitszeit wenigstens um eine halbe Stunde verkürzt. Die Dienstvorschriften müßten unbedingt einer Revision unterzogen werden, da die jetzigen Überlangen Dienstzeiten die Zahl der Betriebsunfälle stark erhöhen.

Generaldirektor Oeser erklärte demgegenüber, daß die Gehälter und Löhne sich durchweg über dem Stand der Volkswirtschaft bewegen. Die Eisenbahn müsse zudem erhebliche Lasten aus dem Dawes-Gutachten auf sich nehmen, da in diesem Jahre 200, im nächsten Jahre 595 Millionen zu zahlen seien. Um die nächstjährigen Leistungen sicherzustellen, müsse man noch in diesem Jahre 100 Millionen Mark als Reserve herauswirtschaften. — Ministerialrat Klein von der Reichsbahngesellschaft erklärte, daß nach Rücksprache mit der Finanzabteilung der Gesellschaft eine Lohnaufbesserung nicht möglich erscheine, ohne daß eine Tarifherabsetzung der Eisenbahn notwendig wäre. Würde man zum Beispiel dem Vorgehen der badischen Regierung folgen, die ihren Beamten eine zwanzigprozentige Zulage gewährt habe, so müßte die Reichsbahn 120 Millionen Mark für Personalausgaben mehr aufbringen. Da eine Erhöhung der Gütertarife jedoch undenkbar sei, müßte man die Personentaxen um zehn Prozent erhöhen. Diese Maßnahme erweise aber untragbar, zumal der Personenverkehr noch immer erheblich niedriger sei als im Frieden. In der Volkswirtschaft seien auf den Kopf eines Bediensteten bei der Reichsbahn 1450 Gm. entfallen, während man jetzt 2000 Gm. aufwende, also 41 Prozent mehr als 1914. Aus allen diesen Gründen heraus könne die Gesellschaft sich zu einer Lohnaufbesserung augenblicklich nicht verstehen.

Eisenbahnräuber bei der Arbeit.

Bernburg. (Funkpruch.) Der Unhalter Kurier meldet: Als gestern Abend kurz nach 6 1/2 Uhr der Personenzug 570 Magdeburg-Erfurt die Station Sandersleben verließ, drangen in ein Abteil 2. Klasse 3 Räuber ein, die den darin befindlichen Fahrgast vollständig ausplünderten. Sie zogen darauf die Rothbremse, sprangen, als der Zug hielt, ab und verschwand in der Dunkelheit. Die sofort angekommene Verfolgung der Räuber ist bisher ergebnislos gewesen.

Der Hamburger Kommunistenputsch vor Gericht.

Hamburg. (Funkpruch.) Vor der 7. Strafkammer des Landgerichtes begann heute der Hochverratsprozeß gegen die Häufelkinder des Hamburger Kommunistenputsches vom Oktober 1923. Bei den Räumern sind seinerzeit in Hamburg allein 17 Vollzugsbeamte getötet und 34 mehr oder weniger schwer verwundet worden. Die Verluste der Blühblückerung haben mit Sicherheit nicht festgestellt werden können. Es wurden aber in die französischen Hamburger Krankenhäuser 60 Tote und 154 Verwundete eingeliefert. Angeklagt sind: Der Reichstagsabgeordnete und Parteisekretär Hugo Urban, der Angeklagte Walter Kuhl, die Staatsanwaltschaft beim Volksgerichtamt Fritz Eßer und Alfred Brod, der Gaßmeister Karl Köppen, der Redakteur der Hamburger Volkszeitung Hermann Jensen, der Journalist Richard Schabbe und der Tischler Heinrich Frede, die sämtlich der R. P. D. angehören. Die Anklage lautet auf Hochverrat, begangen durch fortgesetzte Handlungen in der Zeit vom Juli bis Oktober 1923. Es wird mit einer Strafdauer von mehreren Wochen gerechnet.

Die Aktienkurse im Jahre 1924.

Vom Statistischen Reichsam wird uns geschrieben:

Die Bewegung der Aktienkurse ist im ersten halben Jahre — von einer Nachwirkung der Goldaufwertung aus dem Herbst 1923 abgesehen — durch einen starken Kursrückgang im zweiten Halbjahre durch eine allmähliche Wiedererholung des Kursniveaus gekennzeichnet. Diese Bewegung ist fast ausschließlich durch die Entwicklung der Geldmarktverhältnisse und ist deren deutliches Spiegelbild. Die starke Kurssteigerung im ersten Halbjahre geht mit allen Schwankungen ihrer Intensität, mit der Verschärfung der Geld- und Kreditkrise und ihrer Zulipplung unter der Wirkung der Kreditrestriktion der Reichsbank parallel. Die Erholung im zweiten Halbjahre ist das Ergebnis jener allgemeinen, wenn auch langsamen Entspannung der Geldmarktverhältnisse, die das Auftauen der eingezogenen Kredite, der wachsende Spartrieb, die Verbesserung der Organisation am Geldmarkt und hauptsächlich der Zufluß der Auslandskredite mit sich brachten.

Aber auch andere Gründe haben die Kursbildung am Aktienmarkt beeinflusst. Die Entwicklung der Aktienkurse steht sehr stark unter dem Einfluß der Goldmarktverhältnisse; in Einzelfällen hat die Tatsache, daß die Umstellung den Erwartungen in der einen oder in der anderen Richtung nicht entsprach, außerordentlich starke Kurschwankungen herbeigeführt. Infolge der Vielheit dieser Einzelfälle ist auch die Gesamtentwicklung, wie sie sich im Aktienindex widerspiegelt, stark beeinflusst worden, so daß manche Schwankungen des Aktienindex mehr ein Ausdruck börsen- und kapitaltechnischer Vorgänge als ein Ausdruck geld- oder allgemeinwirtschaftlicher Erscheinungen sind.

Durch die Aufwertung der Aktienkurse in den letzten Monaten ist der Kurs des ersten Halbjahres, der nach dem im Februar erreichten Höhepunkt einleitete, in vollem Umfange noch nicht eingeholt. Wohl aber ist die bemerkenswerte Tatsache zu verzeichnen, daß das Niveau am Jahresbeginn (das unter dem in den Februar fallenden Hochstand liegt) am Jahresende brinnbar wieder erreicht worden ist. Der wöchentliche Aktienindex (Dezember 1923 = 100) stellt sich demgemäß wie folgt:

Erste Woche 1924	Erste Woche 1923	Erste Woche 1924	Erste Woche 1924	Erste Woche 1924
125,40	129,13	145,43	135,35	125,35
124	114,85	121,02	165,49	125,10

Von den 300 Aktien, die im Aktienindex zusammengelassen sind, sind bisher 190 Aktien auf Gold umgestellt worden, indem sie (zum geringsten Teile) bereits in Goldprojekten notieren oder das Umstellungsverhältnis davon bekannt gegeben ist. So daß aus dem Kurs der rechnerische Goldprojektkurs ermittelt werden kann. Das durchschnittliche Niveau der effektiven oder rechnerischen Goldprojektkurse ist in nachstehender Uebersicht für diese 190 Papiere errechnet. Es ergibt sich die Tatsache, daß im großen Gesamtdurchschnitt die goldumgestellten Aktien (von den Werten in Verghab und Schwerindustrie abgesehen) den Pariturs noch nicht erreicht haben, eine Tatsache, die um so bemerkenswerter ist, als bei vielen Gesellschaften die Kapitalaufbringung zur Erreichung eines günstigen Kursstandes besonders scharf vorgenommen ist.

Durchschnittliches Kursniveau von 190 goldumgestellten Aktien.

Monat	Erste Woche 1923	Erste Woche 1924	Erste Woche 1924	Erste Woche 1924	Erste Woche 1924
Dezember 1923	151,13	126,32	99,50	120,81	120,81
Januar 1924	166,65	157,69	141,68	153,90	153,90
Februar	175,33	163,32	151,48	161,22	161,22
März	144,30	128,08	114,22	125,92	125,92
April	106,29	90,88	80,02	89,54	89,54
Mai	85,12	73,16	65,68	72,58	72,58
Juni	75,21	56,65	56,66	59,15	59,15
Juli	72,77	57,78	58,87	60,40	60,40
August	102,92	84,93	89,70	89,70	89,70
September	106,14	83,32	92,80	89,27	89,27
Oktober	99,06	77,44	86,54	83,11	83,11
November	103,85	81,75	84,37	85,47	85,47
Dezember	122,87	94,35	91,51	97,22	97,22

Der Maurer Bohalek verurteilt.

Leipzig. In dem Hochverratsprozeß vor dem Staatsgerichtshof gegen den Maurer Bohalek aus Bangen beantragte der Vertreter der Reichsanwaltschaft eine Haftstrafe von 2 Jahren 6 Monaten und eine Geldstrafe von 300 Mark. Das Urteil lautete auf 1 Jahr 3 Monate Gefängnis und 200 Mark Geldstrafe. Im Gegensatz zum Vertreter der Anklage nahm das Gericht keinen besonders schweren Fall an, da es nicht erwiesen sei, daß tatsächlich Terrorgruppen gebildet seien und es andererseits feststehe, daß in der sächsischen Arbeiterkammer im Herbst 1923 angeführt der von Bayern drohenden Wutsturm große Erregung herrschte, und auch die damalige sächsische Regierung eine sehr unklare Haltung gezeigt habe.

Die Untersuchungen in der Barmat-Affäre.

Berlin, 22. Januar. Die Untersuchung der Staatsanwaltschaft in der Barmat-Affäre wird in den nächsten Tagen zum Abschluß kommen, sobald der Oeffentlichkeit alsbald eine abschließende Darstellung von dem Ergebnis der Ermittlungen gegeben werden kann. Der Untersuchungsausschuß des Reichstages hat inzwischen die Prüfung des bei der Reichspost vorliegenden Aktienmaterials begonnen. Nach vorläufig noch unbestätigten Mitteilungen soll schon jetzt feststehen, daß die Vorwürfe gegenüber dem früheren Reichspostminister Dörrle nur zum Teil begründet sind und auch hier noch eine eingehende Prüfung der Sachlage durch den Untersuchungsausschuß notwendig erscheint.

Mensch und Verbrechen.

Unaufhaltsam schreitet das Verbrechen auf blutiger Bahn seinen Weg. Raub, Totschlag, Massenmord! Es sind Worte des Alltags geworden. Sie erfüllen den vom Kerker gefüllten Menschen der Gegenwart kaum noch mit Grauen. Nur Haarmann, Angerknecht und Denkeffären vermögen das überreizte Hirn noch zu fesseln. Diebstahl, Unterschlagung und Einbruch sind, wenn sie nicht etwas außerordentlich Sensationelles an den Tag bringen, zu gleichgültigen Zeiterfüllungen geworden. Ein Einbruch in der Vorkriegszeit! Dider Feldbrand in den Zeitungen! Das sensationelle Ereignis des Tages. Erbliche Äpfel! Ein wochenlanges Gesprächsstoff. So war es damals, wenn ein dunkler Erenmann „ein Ding gedreht hatte.“ Heute dagegen, wo ein Verbrechen das andere abdrückt, sind solche Ereignisse fast zur Wesenslosigkeit herabgesunken. Wie kommt das? Sind die Menschen andere geworden? Hat der Krieg ihr Mitgefühl und den Abscheu vernichtet? Eine Zeit langelangere aufregender Spannung und sich überlagernder Ereignisse, Sorge, Not, zermarternde Arbeit im rasselnden Getriebe der Fabriken, die revolutionäre Entwicklung mit ihren nervenverzehrenden Begleitererscheinungen, liegt hinter uns. Das gesamte Volkswesen ist in andere Bahnen gelenkt worden. Das Nervensystem hat sich den höheren Anforderungen angepaßt. Es ist gewissermaßen abgehärtet worden.

Miele Menschen empfinden beim Verbrechen weder Weidlich, Mitleid, Angst und Grauen. Vorbei ist die hausbackene Bescheidenheit aus Großmutter Zeiten. Die alte Sentimentalität ist erschüttert, gerät ins Wanken und macht einer herzlosen Gleichgültigkeit Platz. Das Wesen und Bösen von Verbrechen ist vielen Menschen fast zu einer unentbehrlichen geistigen Nahrung geworden, um den Kerker gefüllten Gefängnis zu können. Raub, Totschlag, Massenmord schreiten unaufhaltsam ihre blutige Bahn. Vor keinem Verbrechen machen sie Halt, scheuen nicht zurück vor dem gewaltigen Feind, der Kriminalität dagegen kämpft. Der Verbrecher hat keine Angst vor Spürhund und Entdeckung. Er handelt, für ihn gibt es kaum Gefahren. Mit einer fast anguerkennenden Intelligenz überwindet er die ihm in den Weg gestellten Hindernisse. Mit Blendlaternen, Dietrich und Sauerhoffapparat sucht der Verbrechenkünstler sein Ziel im mächtigen Dunkel zu erreichen. Ohne mit der Wimper zu zucken, schiebt er den über den Haufen, der es wagt, ihm den Weg zu verstopfen. Was sind nun die Motive, die den Menschen zum Verbrecher machen? Drang nach Reichtum, Macht, sinnloses Handeln im Jähzorn, auch Stellung sozialistischer Ziele. Die Kriminalpolizei arbeitet, Spürhunde suchen, die Fäden des Vertriebs kräfteln über weißes Papier. In Ketten gefesselt empfangen reuige Sünder und tierisch entmenschte Geistesblöden das Urteil der Justiz. Verbrecher kommen, Verbrecher gehen; die Fäden der Ruchthäuser werden nie leer. Ein wutverrückt abbrechendes Gesicht bildet durch eisernen Stäbe. Ein Mann klettert um Mitternacht über die hohe Ruchthausmauer und taucht fliegend unter in stockfinsterner Nacht.

Vermischtes.

Der deutsche Motorschoner „Nordsee“ aus Hamburg, der mit 60000 Liter Spirit an Bord in den Hafen von Sundsvall einlief, um seinen Proviant zu ergänzen, ist den Hamburger Nachrichten zufolge von den schwedischen Zollbehörden beschlagnahmt worden. Das zuständige Gericht Sundsvall hat die Beschlagnahme aufgehoben und gegen den Kapitän des Schoners Anklage erhoben.

Zusammenstoß in der Luft. Ueber dem Hafen von Barcelona stießen zwei Handelsflugzeuge zusammen, stürzten ins Meer und gingen unter. Die Flugzeugführer ertranken.

Erste Vermessungsbreite des „Meteor“. Das Vermessungs- und Forschungsschiff „Meteor“, das vor Kurzem in Dienst gestellt wurde, hat nunmehr seine erste atlantische Reise angetreten, die sich bis nach den Kanarischen Inseln erstrecken wird. Kurz vor der Ausfahrt erlitten der Stationschef, Admiral Bauer, an Bord und verabschiedete sich von der Besatzung. Der „Meteor“ wird in der zweiten Februarhälfte zurück erwartet, um sich dann für die in Aussicht genommene längere Auslandsreise auszurüsten. An Bord des „Meteor“ haben sich verschiedene Gelehrte eingeschifft.

Das unterseeische Flugzeug. Die Generalstabschef verschiedener Länder beschäftigen sich mit der Erfindung eines Unterseeboot-Flugzeuges, eine Erfindung, die bekanntlich schon von Jules Verne vorausgedacht wurde, in dessen Roman „Der Herr der Welt“ ein geheimnisvolles Fahrzeug, das sich als Flugzeug, Unterseeboot und überdies noch als Kraftwagen von außerordentlicher Geschwindigkeit betätigt, das Rückgrat der Welt abgibt. Die jetzt vorliegende Konstruktion, die bisher allerdings nur bis zum Modell gediehen ist, bezieht sich auf die Verwendungsfähigkeit in Luft und Wasser. Die gleichfalls vorgesehene überdies sollen wohl nur zur Fortbewegung auf dem Meeresgrunde dienen, wie beim lateinischen Unterseeboot, das vor etwa zwei Jahrzehnten entworfen wurde. Um als Flugzeug und als Unterseeboot brauchbar zu sein, müssen die Flugzeuge in einer Weise gebaut sein, die gleichzeitig den Anforderungen der Unterwasser- wie der Luftfahrt gerecht wird. Die allgemeine Form des Fahrzeugkörpers ist eine von vornherein gegebene, die Tropfenform, oder Stromlinienform. Und das ist festzustellen, daß der von den Flügeln befreite Kumpf vieler moderner Landflugzeugtypen in seinen Umrissen große Ähnlichkeit mit älteren Unterseebootstypen aufweist. Auch das amphibische Kriegsfahrzeug hat diese Form.

Die Austrodung des Bodensees. Der Bodensee ist bekanntlich das Ablagerungs- und Klärbecken für die ungeheuren Schutt- und Schlammmassen, die der Rhein von den Alpen herunterträgt. Diese Ablagerungen und auch andere Einflüsse bewirken, daß der Bodensee, wenn auch nur langsam, aber stetig kleiner wird. Und es ist doch sehr bedenklich, daß zum Beispiel in diesem Jahre mit einem durchaus nicht trodenen Sommer der Wasserstand des Sees um 2 1/2 Meter gesunken ist. Felsblöcke und Sandbänke, die man sonst überhaupt nicht zu sehen bekam, tauchen nun zahlreich auf und gefährden die Bodenseeschifffahrt. So ist dieser Tage erst ein Dampfer auf einem bisher unbekanntem Riff aufgelaufen und fast gesunken. Er konnte nur dadurch gerettet werden, daß er mit Vollkraft sich selbst auf den Strand setzte.

Schwertot Mensch. Aus Anlaß eines Falles von Scheritod werden in einem englischen Blatte einige ähnliche Fälle aus den letzten Jahren zusammengefaßt. Am meisten Aufsehen erregte der Fall einer Mrs. Doldon von Dapton, deren Tod von dem behandelnden Arzt in aller Form bestätigt war. Als der Leichenbestatter der „Toten“ das Raß für den Sarg nehmen wollte, erweckte sie zum Leben und erkeute sich nach ihrem „Tode“ noch so guter Gesundheit, daß sie mehreren Kindern das Leben gab. Fast ganz so wie bei dieser „Wiedererweckung“ lagen die Dinge in dem Fall der Mrs. Turner von Lohndham, die vor einigen Jahren durch ärztliches Urteil für tot erklärt wurde. Als man sie in den Sarg legen wollte, kam sie plötzlich zu sich, setzte sich auf und begann zu sprechen. Auch ein junger Handlungsreisender James Fagan erweckte wieder aus einer kataleptischen Erstarrung, in der er für tot gehalten war. Und eine Mrs. King aus Londridge setzte sich am Morgen ihres Begräbnisses in Sarge auf und versuchte zu sprechen; sie war aber über die Situation, in der sie sich befand, so entsetzt, daß sie zwei Tage später wirklich starb. Im Februar 1921 wurde ein Schulmädchen aus dem Dorfe Bengam, das einige Wochen an Lungenentzündung gelegen hatte, vom Arzt für tot erklärt. Als ihr Sarg drei Tage später fortgebracht werden sollte, hörte man plötzlich den lauten Schrei: „Wo ist Papa?“ Das Mädchen war wieder zum Leben erweckt.

Ein sicheres Mittel. Ein Mann kommt in das Schuhgeschäft und fordert ein Paar Schuhe. Der Verkäufer, der noch recht jung ist, probiert ihm ein Paar an, das 16 Mark kosten soll. Dem Käufer gefallen die Schuhe recht gut, aber er hat nur 13,50 Mark bei sich und bittet den jungen Mann, er möge ihm doch die Schuhe mitgeben, er werde das fehlende Geld am nächsten Tag sicher bringen. Der Verkäufer gibt ihm auch die Schuhe mit, und er zieht vergnügt ab. Als der Geschäftsführer das erfährt, ist er wütend und macht dem Verkäufer Vorwürfe, daß er sich auf so etwas eingelassen habe; der Mann werde sich nie wiedersehen lassen. „Der kommt bestimmt wieder“, erwiderte der Jüngling stolz. „Ich habe ihm zwei Schuhe für den linken Fuß mitgegeben, da muß er sich den einen umtauschen.“

Kampfstimmung im Reichstage.

Die heutige Reichstagsitzung.

(Funktpruchmeldung.)

Berlin, 22. Januar, vorm. 11 Uhr.

Die Besprechung der Regierungserklärung wird fortgesetzt.

Abg. Müller-Franzen (Soz.):

Der Herr Reichskanzler soll heute mit seinen getreuen Ausführungen seine frühere Versicherung unterstreichen, daß er kein Kampskabinett gegen links bilden wolle. Wie denkt er denn damit die Rede des Grafen Bismarck zu vereinbaren? Diese Rede des Reichskanzlers bekräftigt die Regierungsparteien. Eine klare Kampfsache gegen die Sozialdemokratie. Immerhin werden wir auf einer ganzen Reihe von Gebieten praktische Mitarbeit leisten.

Der Redner geht dann auf den Etat ein, und wendet sich dagegen, daß durch die Anwendung des Artikels 48 der Verfassung das Budgetrecht des Reichstages eingeschränkt wird. Durch ein schleunigst vorzunehmendes Ausführungsgesetz müsse bei der weitgehenden Anwendung des Artikels ein Mangel vorgehoben werden. Der Eintritt in den Winterurlaub muß baldmöglichst vollzogen werden. Der Reichskanzler hat sich in der Außenpolitik zum Gedanken der Verständigung gewandt, er will ihn durchführen gemeinsam mit den Deutschnationalen Freytag-Vorlinghovens, Schlange und andere, die bei jeder Gelegenheit einstimmen. Wir können uns mit diesen Politikern nicht auf gleichen Boden stellen. Dr. Breitscheid ist in seiner Rede auf den Finanzantrag eingegangen. Wir verlangen strengste Unterstreichung ohne Unterschied auf Partei- und Familienangehörigkeit der Beteiligten. Sie muß sich auch darauf erstrecken, daß die preussische Zentralgenossenschaftsliste einem landwirtschaftlichen Kreditinstitut einen Millionenkredit gewährt hat, der nicht kreditbedürftigen Landwirten, sondern dem Sozialistenschwarzhandel zugewandt wurde. Die Beamten, die bei diesem Finanzantrag korrumpiert sind, gehören durchweg den Reichsparteien an. (Hört, hört! links.) Wegen der Kreditgewährung der Reichspost an Darmstadt haben sich die Sozialdemokraten im Verwaltungsausschuß gemeldet. Ihr Antrag auf Einsetzung eines Untersuchungsausschusses ist aber von den Abgeordneten Bruhn und anderen Deutschnationalen zu Fall gebracht worden. (Hört, hört, links.)

Der Redner geht dann auf die Korruptionsfälle im alten Regime ein. Zur Frage der Aufsichtsräte erklärt er, wir sind bereit, jeder Maßnahme zuzustimmen, die eine strenge Trennung zwischen parlamentarischer und geschäftlicher Tätigkeit bezweckt. Man wird das dann freilich auch auf die Schuld erwidern müssen. In meiner Fraktion befindet sich kein Aufsichtsratsmitglied. (Abg. Penning (Nat.-Soz.): „Sie selbst sind es doch!“) Ich stelle dem Abgeordneten Penning gegenüber, daß ich niemals in meinem Leben einem Aufsichtsrat angehört habe. Danach ist der Inhalt des vom Abg. von Graefe angelegten Materials zu erörtern. (Abg. Dittmann und Simon-Franzen (Soz.) rufen dem Abg. Penning Verleumdung zu, und werden deshalb zur Ordnung gerufen.) Die Barmats gehören nicht der Sozialdemokratischen Partei an. Weder der „Vormarsch“ noch der sozialdemokratische Parlamentsdienst haben Geld von Barmat erhalten. Die Sozialdemokratische Partei hat kein Konto bei irgend einer Barmatbank. (Lachen des Abg. Penning.) Nein, denn wir brauchen nicht so zu schämeieren, wie Sie beim Baderdirektor von Vorkum. (Geisterzeit links.)

Herr von Graefe hatte gute Gründe, daß er kein Material gestern nicht ausgepackt hat. Das Material besteht nämlich nur aus längst widerlegten Zeitungsnoteizen, die gesammelt als Gift ins Volk geschleudert werden sollen. Dr. Scholz bekräftigt, daß es sich um ein Bürgerblockkabinett handelt. Er mag recht haben, denn die Demokraten sind nicht dabei, das Zentrum ist nur mit den Füßen darin, mit dem Kopfe draußen und mit dem Herzen nicht dabei. (Geisterzeit.) Diese Regierung ist eine ausgesprochene Reichsregierung, der wir den härtesten Kampf ansagen. (Beifalliger Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Behrens (Dn.)

weist die Behauptung zurück, daß von evangelischen Geistlichen in der Kirche politische Agitation getrieben werde. Die Sozialdemokratie steht der Regierungserklärung ziemlich rauh gegenüber; weil sie nichts dagegen einwenden kann, vermutet sie im Hintergrunde böse Pläne, gegen die sie nun zum Kampf aufruft. Die neue Regierung verfügt über eine gute Mehrheit. Sie stützt sich zwar nicht auf eine feste parlamentarische Koalition, aber das ist vielleicht ihre Stärke. In den christlichen Gewerkschaften arbeiten wir mit Zentrumsvorstellern so gut zusammen, daß wir auch auf eine politische Zusammenarbeit in der neuen Regierung rechnen. Wir vertreten den Gedanken der Volksgemeinschaft und möchten sie auf alle Volksgenossen ausdehnen. Und steht die christliche Kultur so hoch, daß wir mit ihren Gegnern nicht dauernd in Gemeinschaft arbeiten können. (Beifall rechts.) Wir würden es aus tiefster Befangenheit, wenn der konfessionelle Zwiespalt erneut und ein Kulturkampf produziert werden sollte. Wir haben empfunden dagegen protestiert, als in einer sozialdemokratischen Ausstellung in München ein katholischer Kathedraleus wegen des Kapitels von der unbesetzten Empfindung auf die Höhe der Schuld

literatur gesetzt war. (Obrt, Obrt rechts und im Zentrum.) Die Mehrheit der Arbeitnehmer steht heute in den Parteien, die in der Regierung vertreten sind. Unsere Kräfte beweisen, daß wir einen gesunden Ruf nach Sozialpolitik wollen. Wir stimmen auch der Umbildung des Reichstages in den Dreiklassenrat auf den Koferten zu. Das Einbringen unerfüllbarer Anträge ist allerdings sozialpolitische Schaumblase, die wir wie bisher den Herren von links überlassen.

Die Regierung Stresemann, der auch die Sozialdemokraten angehören, hat die Grundlage für die Arbeitsgesetzgebung geschaffen, die den allgemeinen Achtstundentag befestigt. (Widerpruch bei den Soz., Rufe in der Mitte: Behrens hat recht.)

Abg. Kardorff (D. Sp.)

bestreitet entschieden, daß die Deutsche Volkspartei die letzte Regierungskrise verschuldet habe. Er wirt dem Abg. Koch-Beyer vor, daß er die Schuld daran trage, daß es zu keiner aktionsfähigen Regierung gekommen sei. Redner tritt für den konfessionellen Frieden besonders in Preußen ein. Es sei für die evangelischen Kreise, die hinter der Deutschnationalen Volkspartei stehen, auf die Dauer unerträglich, wenn sie vom Zentrum in Preußen der Regierung ferngehalten würden. Selbstverständlich gehöre die Politik nicht auf die Kanzel. (Zustimmung.) Gewisse Entlassungen seien aber nicht zu vermeiden. Das wisse doch jeder Parlamentarier. Diese ganzen Dinge seien doch nur von den Herren an den Baaren herbeigetragen. Deshalb hätte Herr Koch lieber davon schweigen sollen. (Zustimmung rechts.) Man könne es den Anhängern der evangelischen Kirche nicht verdenken, wenn sie sich nicht so schnell auf die neuen Verhältnisse einstellen können. (Lärm links.) Auch der Abg. Koch habe doch manche begeisterte Kaiser-Geburtsstagsrede gehalten. (Große Heiterkeit.)

Der Redner bedauert dann die Ausführungen des Abg. Breitscheid zur Entlassungsfrage. In welche Lage werde ein deutscher Außenminister versetzt, wenn er sich vom Ausland sagen lassen müsse, daß in seinem eigenen Parlament diese Dinge als wahr unterstellt werden. (Stürmische Zustimmung rechts, Lärm bei den Soz.) Der Redner stellt fest, daß auch verschiedene interalliierte Generale der Liebergenug sind, daß die Entlassung Deutschlands vollständig ist. Jetzt handelt es sich nicht um die Frage Republik oder Monarchie, sondern um die Frage Republik oder Chaos.

Den Barmatfall sollte man vor seiner völligen Klärung noch nicht politisch ausklammern. Zu beanstanden ist nur die Übergabe von Millionenbeträgen an zweifelhafte Unternehmungen, während fest fundierte Unternehmungen sich nach Kredit von 5000-7000 Mark die Fäden ablaufen mußten. Wir werden die jüngsten Finanzskandale gründlich untersuchen müssen. Wir werden prüfen müssen, wie die Kredite vergeben, ob Beamtenbestechungen vorgekommen sind. Wir werden aber auch gründlich prüfen müssen, ob parlamentarische Einflüsse dabei mitgewirkt haben. (Lebige Zustimmung.) Auch die Demokraten werden genug Punkte finden können, in denen sie die Regierung unterfragen müssen. Wir sollten in allen Parteien zu der Selbstkritik kommen, die erst eine gute parlamentarische Arbeit ermöglicht. Des Deutschen Reiches Würde ist in Care Hand gegeben, bewahrt sie! (Beifall.)

Abg. Schaeffer (Komm.)

verlangt Amnestie für die politischen Gefangenen. Alle Parteien seien bemüht, den Barmatfall zu vertuschen, auch die Deutschnationalen mit Rücksicht auf Drogenberg. Die Regierung früher sei durch die Schuld der Sozialdemokraten zustande gekommen, sie könne nicht die Führung in den kommenden Kämpfen der Arbeiterschaft gegen diese Regierung übernehmen.

Abg. Haas (Dem.)

weist die Angriffe des Abg. von Kardorff auf die Demokraten zurück. Die Kritik des Abg. Koch an Vorkommnissen unter dem alten Regime war durchaus berechtigt. Dr. Stresemann hat 1918 weit schärfere Kritik geübt. Tatsächlich war es die Volkspartei, die die Krise heraufbeschwor, nachdem Dr. Stresemann kaum die große Koalition gebildet hatte. Die Volkspartei im Lande waren unruhig geworden, weil sie von ihrer Parteileitung dauernd gehört hatten, daß ein Bündnis mit den Sozialdemokraten ein Verbrechen wäre, weil es in der Wahltageliste hieß: Von roten Reiten macht euch frei allein die Deutsche Volkspartei. (Die Sitzung dauert noch an.)

Eine Ehrenfahne im Reichstagsgebäude.

Berlin. (Funktpruch.) Von der Fraktion der Wirtschaftlichen Vereinigung ist ein Antrag eingegangen, zum Andenken an die im Weltkrieg gefallenen Mitglieder des Deutschen Reichstages an geeigneter Stelle im Reichstagsgebäude eine Ehrenfahne zu errichten. In Betracht kommen die beiden Abgeordneten Hans von Reding (deutschn.) und Frank (Soz.)

Fraktionszwang bei den Demokraten.

Berlin. (Funktpruch.) Die veranlaßt, hat die demokratische Reichstagsfraktion heute vormittag bezüglich der Stimmeneinstellung der Demokraten bei der Abstimmung über den Billigungsantrag Fraktionszwang beschlossen.

Letzte Suntpuch-Meldungen und Telegramme

vom 22. Januar 1925.

Staatssekretär Wopig.

Weglin. Am Reichsfinanzministerium steht die Ernennung des Ministerialdirektors Wopig zum Staatssekretär in hoher Aussicht. Ministerialdirektor Wopig, der an der deutschen Gesetzgebung der letzten Jahre großen Anteil hat, wird damit Nachfolger des Staatssekretärs Bopf, der im November vorigen Jahres aus dem Staatsdienst ausschied. Gleichzeitig wird Ministerialrat Bander vom Reichsfinanzministerium zum Ministerialdirektor im Reichsfinanzministerium ernannt werden.

Einweisung der Verfahren gegen mehrere Abgeordnete.

Berlin. (Funktpruch.) Der Reichstagsausschuß für die Geschäftsordnung genehmigte heute die Einweisung der Verfahren gegen die Abg. Schulz-Königsberg (Soz.), Berndt (Dn.), Penning (Natsoz.), Wendemuth (Soz.), Peters (Soz.) und Schiller (Dann. Soz.) und vertagte sich dann auf einstimmige Beit.

Veröffentlichung der Gutachten über die Kriegsurkunden.

Berlin. Der Ausschuss des Reichstages zur Untersuchung der Kriegsurkunden befahte sich gestern mit der Frage, ob die bisherigen Arbeiten des früheren Untersuchungsausschusses veröffentlicht werden sollen oder nicht. Man wurde sich dahin einig, daß nicht nur die Gutachten des Generals v. Kuhl, des Oberleutnants Schwerdtfeger und des Geheimrats Delbrück, sondern auch die Sitzungsberichte des bisherigen Untersuchungsausschusses veröffentlicht werden sollen. Die Einzelheiten sollen dem neuen Untersuchungsausschuß überlassen werden. Die Veröffentlichung der bisherigen Arbeiten soll möglichst bis zum 1. April d. J. erledigt werden.

Die neue amerikanische Abrüstungskonferenz.

Berlin. Die „Deutsche Tageszeitung“ meldet aus Washington: Im Senat wurde gestern der Abänderungsantrag der Marinevorlage ohne Erörterung angenommen, durch den Coolidge aufgefordert wird, eine neue Abrüstungskonferenz einzuberufen. Der Abänderungsantrag wurde von dem demokratischen Senator Reig gestiftet.

Zur Barmat-Affäre.

Berlin. (Funktpruch.) Der Reichsuntersuchungsausschuß für die Barmat-Kredite beschäftigte sich heute lebhaft mit der Feststellung seines Arbeitsplanes. Die nächste Sitzung soll morgen stattfinden.

Der Schriftsticker Kopp verhaftet.

Berlin. (Funktpruch.) Einer der Urheber der bekannten Spritschiebungen, der aus Berlin geflüchtete Kaufmann Kopp, der sich auch Dr. Kopp nannte, ist gestern in Holland verhaftet worden, als er sich vom Haag nach Rotterdam begab, wo er seine ererbten Kapitalien deponiert hatte. Er wurde von der holländischen Polizei in das Gerichtsgefängnis gebracht. Sein Depot wurde sofort geerdert und sichergestellt. Das Auslieferungsverfahren ist bereits in die Wege geleitet.

Zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten.

Berlin. (Funktpruch.) Im Reichstagsausschuß für Bevölkerungspolitik, dessen Vorsitzende die Abgeordnete Frau Müller-Ditrich ist, berichtete Ministerialdirektor Dammann vom Reichsministerium des Innern über den Stand der Vorarbeiten zum Entwurf eines Gesetzes zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten.

Die Aufhebung des Ausnahmezustandes in Bayern

München. (Funktpruch.) Zur Frage der Wiederzulassung der Nationalsozialistischen Arbeiterpartei erklärt die „Allgemeine Zeitung“, daß die betreffende Meldung im Zusammenhang mit der bevorstehenden Aufhebung des Ausnahmezustandes in Bayern steht, die in allerhöchster Zeit erfolgen soll. Anstelle des Ausnahmezustandes sollen dem Lande zulolge neue Bestimmungen erlassen werden, unter welchen Voraussetzungen die in Bayern verbotenen Organisationen wieder gestattet werden können.

Die deutsche Rektorenkonferenz zur Kriegsschuldfrage.

Darmstadt. (Funktpruch.) Die letzten hier abgehaltenen deutschen Rektorenkonferenz, zu der alle deutschen Universitäten und Hochschulen Vertreter entsandt hatten, wandte sich als berufene Vertretung der deutschen Wissenschaft in einer Entscheidung an die Regierungen und Völker des In- und Auslandes mit der Forderung, daß die Frage nach der Schuld an der Entfesselung des Weltkrieges eine gründliche wissenschaftliche Klärung erfahre und hat die deutschen Behörden und Volkserzählungen, nicht eher zu ruhen, als bis das unter Zwang unterzeichnete Anerkennnis des Art. 231 des Versailler Vertrages einwandfrei richtiggestellt ist.

Das Gemeindevahlrecht für Frauen in Frankreich.

Paris. Marion reichte ein von 100 Abgeordneten unterzeichnetes Memorandum ein, das für die Gemeindevahlen das Wahlrecht der Frauen fordert.

Schweres Touristenunglück.

Rom. (Funktpruch.) Drei Studenten der Universität Babua kürzten bei einer Tour auf den Vesuv in das Voral hinunter. Einer der Studenten, die angeleitet waren, war sofort tot, die beiden anderen wurden schwer verletzt.

Von der deutsch-amerikanischen Handelskammer.

New York. (Funktpruch.) Auf der ersten Jahresversammlung der deutsch-amerikanischen Handelskammer teilte der Vorsitzende des geschäftsführenden Ausschusses, Pennington, mit, daß in den letzten Monaten mehr als 1000 deutsch-amerikanische Firmen von den Organisationen und Diensten der Handelskammer Gebrauch gemacht hätten. Die freundliche Aufnahme, die man der Organisation in den Kreisen des deutsch-amerikanischen Handels und der Regierung bereitet hätte, habe beträchtlich zur Ausdehnung ihrer Tätigkeit beigetragen.

Eine blühende Familie ermordet.

Capri. (Funktpruch.) In der vergangenen Nacht wurde eine Familie von 8 Personen in der Nähe von Capri an unbekannten Orten im Schlaf ermordet. Die Mörder sind unerkannt entkommen.

Wer ist der Dichter des Nibelungenliedes?

Alle großen Germanisten, so Müllenhof, Rieger, Jarnde, Holzmann, Piper und Barff als auch der in Basel lebende Andreas Heuser, nahmen bisher Otfried als die Heimat der Dichtung an und schrieben es einem Spielmann aus Passau oder Wien zu. Nun ist neuerdings im Verlag heffischer Bücherfreunde ein Werk von Archivar Professor Dr. Julius Dieterich in Darmstadt erschienen, das eine vollständige Revolutionierung dieser Anschauung bedeutet. In seinem Buche „Der Dichter des Nibelungenliedes“ ist er bestrebt, den Oesterreicher von seiner Stellung als Dichter des Epos „abzubauen“ und einen Rheinfranken an seine Stelle zu setzen.

Die Beweise Dieterichs für die Verfasserhaft eines Rheinfranken sind zweifacher Art. Die erste Gruppe seiner Feststellungen umfaßt den Nachweis einer Anzahl von Dichtertiteln und Namen in der Nähe von Worms und Darmstadt, während die zweite Gruppe in historischen Ereignissen eine Parallele mit den Geschehnissen der Dichtung herzustellen bemüht ist. Was den ersten Teil der Forschungen Dieterichs anbelangt, so ist es ihm gelungen für Dagen von Trone (Tronege) ein Vorbild auf rheinfränkischem Boden zu finden. Dieterich hat in der Nähe von Kreuznach eine Burg „Throned“ als historisch nachweisbar feststellen können, womit ja der Name Tronege (Trone) ungewissheit zusammenhängt, wobei festzuhalten ist, daß es im ganzen deutschen Sprachgebiete kein anderes Schloß dieses Namens gibt. Auch ein Burgmannengeschlecht beruht im Mittel um 1200 am Rhein heimisch gewesen, in dem der Name „Volter“ des Hieren vorkommt, wo-

mit auch für „Volter den Spielmann“ ein Vorbild gefunden wäre.

Noch bedeutsamer als diese Feststellungen sind die Parallelen, die Dieterich mit historischen Ereignissen des 12. Jahrhunderts zieht. Die Schwägerin Konrads III., Berta von Sulzbach, trat nämlich 1145 ihre Brautpflicht zu König Manuel von Konstantinopel von Speyer aus an und besuchte hierher in Passau den Bischof Reinbert von Hagenau, einen Vorfahren ihres Geschlechts, und in Hainburg ihren Bruder Graf Gebhard von Sulzbach. Der denkt hierbei nicht an die Fahrt Kriemhildens ins Hunnenland und den Aufenthalt in den alten Donaustädten! Aber auch die Geschehnisse bei der Einladung Bernhards am Kreuzzug sind in vielen Fällen den Beratungen der Burgundertöchter über die Einladung Ehes ähnelnd.

Aus allen diesen Feststellungen zieht nun Dieterich den Schluss, daß der Hof der Stauffer zu Speyer der Entstehungsort des Nibelungenliedes ist. Ja, er geht sogar so weit und setzt Konrad III. gleich König Günther, dessen Gemahlin Gertrud gleich Ute, Berta von Sulzbach wird mit Kriemhildens identifiziert, Friedrich der Jüngere, der spätere Kaiser Barbarossa, aber mit Gernot.

Und dann behauptet Professor Dieterich weiter: Der Verfasser des Nibelungenliedes kann nur ein Gebildeter jener Zeit, also am wahrscheinlichsten ein Geistlicher gewesen sein, der die letzten Beziehungen zum kaiserlichen Hof in Speyer unterhalten hatte und zwar Abt Sigehart von Lorch. Aus dem angelegenen Hause Schauenburg-Bollsteden stammend, war er mit dem hofischen und literarischen Leben seiner Zeit eng verflochten und mit Berta von Sulzbach verwandt.

Die Kleine gehört zum heutigen hochentwickeltesten Verkehrsleben wie das Salz zur Suppe, der Sauerteig zum Brote, die Hefel zur Wurst. Ein Hauch Dampf in allen Gassen, dient sie heute Herrn Müller, morgen Herrn Schulze und übermorgen Herrn Meier. Dabei arbeitet sie loslagen für ein Butterbrot. Ueberzeuge sich jeder von den vorzüglichen Eigenschaften dieser Weltweidelflerin und bestelle im Bedarfsfalle beim „Mieser Tageblatt“ eine **kleine Anzeige**

Gerichtssaal.

Vandgericht. Am 18. Dezember 1923 war die am Ende der vierziger Jahre stehende Landwirtin Vertha Jönchen in Dittersdorf bei Glasbütte an allgemeiner Entkräftung verstorben. Den Tod dieser Frau fabriktischer Weise verschuldet zu haben, wurden die in Pirna wohnhaften Volkshilfskundigen Linda Jöma Dähne geborne Jödisch und deren Ehemann Karl Erik Dähne beschuldigt, die dieserhalb am 4. November vergangenen Jahres vor dem Gemeinsamen Schöffengericht Dresden standen, nach vielstündiger Verhandlung aber beide freigesprochen wurden. Hiergegen hatte die Staatsanwaltschaft Berufung eingelegt, mit der sich jetzt die zweite Strafkammer unter Vorsitz des Landgerichtsdirektors Dr. Knoth zu beschäftigen hat. In dieser Strafsache, über die anlässlich des ersten Termins ausführlich berichtet worden ist, handelt es sich kurz zusammengefasst um folgendes: Die herr. Landwirtin Vertha Jönchen war im Sommer 1923 als Patientin zu dem Ehepaar Dähne gekommen. Bei der Untersuchung wurde an der Gebärmutter eine Zuzugung festgestellt, die auf ein Krebsleiden hindeutete. Es wurden die einschlägigen homöopathischen Mittel verordnet und der Frau bei späteren Besuchen die Konstitution eines Krates angetragen. Als Frau Jönchen Mitte November 1923 in die Dresdner Frauenklinik eingeliefert wurde, konstatierte Professor Dr. Engelhorn ein ausgebreitetes Krebsleiden dritten Grades, das durch eine Operation nicht mehr zu heilen war. Mangelndes Schuldbeweis war im ersten Termin auf Freisprechung erkannt worden. In der jetzigen Berufungsverhandlung bestritten beide Ehegatten wiederum jede Schuld am Tode der Frau, sie wolle sich seiner Pflichtverletzung bewusst sein. Es machte sich abermals eine äußerst langwierige Beweisführung erforderlich, zu der eine Anzahl Zeugen und der Dresdner Gerichtsarzt Regierungsmedizinalrat Dr. Oppe als Sachverständiger vorgeladen waren. Nach umfangreichen, teilweise geheimen Erörterungen zog der Vertreter der Anklage, Staatsanwalt Dr. Sangstein die Berufung gegen den Ehemann Dähne zurück, es verbleibt demnach bei dessen freisprechendem Urteile. Im übrigen forderte er die Bestrafung der Frau Dähne wegen schuldhafter Tötung. Ohne genügende Kenntnis habe sie sich an eine ernste Erkrankung herangewagt, die nur auf operativem Wege oder durch Bestrahlung zu behandeln war. Krebs sei ein furchtbares Leiden, das nur vom Arzte behandelt werden könne. Tausende von Frauen gingen alljährlich daran ein, weil sie entweder zu spät ärztliche Hilfe in Anspruch genommen, oder unangemessen behandelt worden seien. — Justizrat Dr. Maack-Pirna forderte Freisprechung der Patientin das Krebsleiden auch durch operative Eingriffe zu heilen war, andererseits hätten hier die in der Homöopathie üblichen Mittel Anwendung gefunden, mit denen auch eine vorübergehende Linderung des Leidens erzielt worden ist, wie dies beispielsweise bei einer Bestrahlung auch zu beobachten sei. Es sei unbestritten, ob zwischen der Behandlung der Patientin und deren Tod ein ursächlicher Zusammenhang besteht. — Die Strafkammer hob das erstinstanzliche Urteil gegen Frau Dähne auf und verurteilte sie wegen schuldhafter Tötung an Stelle einer zweimonatigen Gefängnisstrafe zu sechshundert Reichsmark Geld-

strafe mit der Begründung, daß die ernst zu nehmende Tat infolge Selbstüberschätzung begangen worden sei. (R.-a.)

Der Beleidigungsprozess Helein gegen Gräbe. In der Revisionsinstanz vor dem Oberlandesgericht Dresden sind gestern die Revisionsverhandlung im Beleidigungsprozess des ehemaligen Bürgermeisters von Schirgiswalde und Vorstandes der Zentrumspartei, Helein, vertreten durch Rechtsanwalt Dr. Gornisch-Baughen, gegen den Lehrer Gräbe, vertreten durch Rechtsanwalt Dr. Tackner-Burgen, statt. Das Amtsgericht zu Schirgiswalde hatte Gräbe zu einer Geldstrafe von Mark 30.— verurteilt unter Nichtanerkennung des § 193 des StGB. und hatte den Wahrheitsbeweis des Beklagten für nicht erbracht angesehen. Außerdem wurde auf Veröffentlichung des Urteils auf Kosten des Angeklagten in der Schirgiswalder Presse erkannt. Seitens des Verteidigers Gräbes war gegen dieses Urteil Revision eingelegt worden und das Oberlandesgericht Dresden entschied, unter Jubilation des § 193, die Sache an die Vorinstanz zurückzugeben. Der Grund der Beleidigung war etwa folgender: Der Privatkläger hätte in einer privaten Unterhaltung geäußert, die Resolution von 1918 sei verhältnismäßig unblutig verlaufen, wenn man denke, daß in der französischen Revolution sogar Weibliche katholischer Konfession an die Wand gehängt worden seien. Der Angeklagte hatte diese Äußerung nach Ausscheiden des Privatklägers aus der Zentrumsparterie in einer Wahlrede in der Weise verwandt, daß er behauptete, der Privatkläger habe geäußert, es gebe katholische Weibliche, die an die Wand hätten gehängt werden müssen. Der Angeklagte veruchte den Wahrheitsbeweis dafür zu erbringen, daß die Äußerung in dem von ihm wiedergegebenen Sinne tatsächlich erfolgt sei, doch konnte auch die Revisionsinstanz ihn nicht als erbracht ansehen, bewilligte jedoch dem Angeklagten den Schutz des § 193 (Wahrnehmung berechtigter Interessen), da er seine Rede nicht in seiner Eigenschaft als gewöhnlicher Parteimann gehalten hatte, sondern in seiner Eigenschaft als Vorstandsmittglied der Partei berechnete Interessen wahrgenommen habe. — In einem merkwürdigen Widerspruch hierzu steht das fürstlich ergangene Urteil im Beleidigungsprozess des Redakteurs Gröblich gegen den Verlagsdirektor Pfingstweiser, da in letzterem Falle der Angeklagte nicht nur eigene, persönliche, sondern als Vorstandsmittglied des Dresdner Bezirksvereins im Landesverband der schlesischen Presse auch rein journalistische Interessen vertreten hat und trotzdem eine Publikation des Schutzes des § 193 durch das Gericht unter Vorbehalt des Landgerichtspräsidenten de Volante nicht zu erreichen vermochte.

Turnen, Sport, Spiel, Wandern.

Olympischer Kongress in Brno. Für Ende Mai dieses Jahres bereitet das Internationale Olympische Komitee einen olympischen Kongress vor, der in Brno stattfinden soll und am 26. Mai durch eine Tagung des Komitees eingeleitet wird. Am 29. Mai beauftragt der Kongress und am 30. Mai der pädagogische Kongress. Der Schluss der Tagung ist für den 5. Juni vorgesehen. Im Olympischen Komitee ist Deutschland durch Staatssekretär Dr. Gemald und Dr. Superti vertreten. Das Programm des technischen Kongresses umfasst Amateurfragen, Bekämpfung der Olympischen Spiele usw. Der pädagogische Kongress wird sich

mit der Entwicklung sportlichen Wettkampfs und der Frage des erzieherischen Einflusses des Wettkampfs beschäftigen. Die Auswahl der deutschen Vertreter für die Spezialkonferenzen wird der Deutsche Reichsausschuss für Leibesübungen demnächst vornehmen.

Hochschule für Leibesübungen. In einer Zusammenkunft von Förderern der Hochschule für Leibesübungen wurde eine Gesellschaft der Freunde dieses Instituts gegründet. Dem Vorstand der Gesellschaft gehören der Vorsitzende des Reichsausschusses für Leibesübungen, Staatssekretär a. D. Dr. Lemald, Direktor der Hochschule für Leibesübungen, Geheimrat Prof. Dr. Bier, der Generalsekretär des Reichsausschusses für Leibesübungen, Dr. Diem, und andere an. Als Aufgabe der Gesellschaft wurde einmal die Verbreitung des Verhältnisses für die Notwendigkeit und die Bedeutung des Instituts im Interesse des Volksganges und dann auch die Zuführung finanzieller Mittel an die Hochschule bezeichnet.

Das Berliner Sechstagesrennen endete mit folgendem Resultat: Erster wurde Ritt-Ritts (385 Punkte), zweiter Hahn-Lich (308 Punkte), dritter Grenda-Mac Beaty (298 Punkte) und vierter Egg-Druplat (275 Punkte).

Handel und Volkswirtschaft.

An der Berliner Börse war auf dem Effektenmarkt am Mittwoch eine große Zurückhaltung des Publikums zu konstatieren. Der Hauptteil des nur recht geringen Geschäftes wurde von der Spekulation getragen. Auf den meisten Gebieten ergaben sich Kursberhebungen, nur der Montanmarkt blieb infolge von Kaufordern aus dem Rheinland leiblich fest. Doersch, Gelsenkirchner, Darpener und Rheinische Braunkohlen blieben ziemlich gefragt, während Hohenlohe Phönix und Rheinisch-Westfälischer Bergbauaktien weniger gefragt waren. Elektrizitätswerte waren wenig verändert. Maschinen- und Metallfabriken waren wenig gefragt, während Bankaktien sich ziemlich behaupten konnten. Schiffahrts-Aktien und Eisenbahn-Aktien waren überwiegend rückgängig. Auf dem Rentenmarkt gab es ebenfalls Kursberhebungen. Die fünfprozentige Kriegsanleihe schloß mit 0,90. Am Geldmarkt zeigte sich eine kleine Verteilung. Tägliches Geld wurde mit 8 bis 12 Prozent angeboten. Vom Devisenmarkt ist nichts Neues zu berichten. — Auf dem Produktionsmarkt lagen schwächere Meldungen aus Amerika und Liverpool vor. Bei erheblich verhärtetem Angebot herrschte für Brotgetreide und Mehl nur geringe Kauflust. Auch das Geschäft in Getreide und Ocker war unerheblich, weil die Käufer die geforderten hohen Preise nicht bewilligen wollten.

Schlafstelle frei
Vobisier Str. 33, 8. r.
Ingenieur
sucht gut möbliertes
Zimmer vom 1. Februar
ab in der Nähe des Gas-
werkes zu mieten. Offerten
unter K 2155 an das
Tageblatt Niesla.

Junge Kriegermitwe
34 Jahr, mit 2 Schulkn.
Kindern wünscht sich
wieder glücklich zu ver-
heiraten. Off. unt. J 3134
an das Tageblatt Niesla.

Zimmermädchen
AUM 1. 2 gesucht.
Hotel Wettiner Hof.

1 Hausmagd, welche mit
focht und Schweine füttert,
für Rittergut gesucht.
Frau Seelia, Nöderau.

Suche per 1. od. 15. Febr.
tücht. Buharbeiterin
welche flott u. selbständig
arbeitet

J. verw. Dittrich
Spezial-Buhgeschäft
Hohe Straße 7.

Henko
Henkel's Wasch- und Bleich-Soda



spart Seife und Seifenpulver!
Mitverwendung von Henko bei der
Wäsche verbilligt das Waschen.
Vorzügliches Einweichmittel

Die Erben von Hohentinden.

Roman von Fr. M. S. White.

15. Fortsetzung. Nachdruck verboten.

„Das Wort Liebe in Ihrem Munde klingt wie eine Enthüllung. Was weiß ein Mann wie Sie von der Liebe? Nicht einmal sich selbst lieben Sie, denn sonst würden Sie Ihre Seele nicht so grausam vernichtet haben! Würden Sie denn heute abend an gleicher Stelle stehen, wenn Sie wüßten, daß Margarete ein armes Mädchen wäre?“

Slawik fand im Augenblick keine Antwort. Aber weil er fühlte, daß ihm sein Schweigen nur schaden konnte, sagte er rasch:

„Weshalb wollen wir uns mit der Erörterung unmöglicher Dinge aufhalten? — Und wozu ist das Ganze hier überhaupt in Szene gesetzt worden? Alles hatte seine Lösung gefunden, ehe Sie kamen; Komtesse Margarete und ich — wir hatten uns schon geeinigt. Und ich versichere Ihnen, daß es keinen von uns unglücklich gemacht hätte! — Da — hier ist das Telegramm, das ich ausgefertigt habe. Wo ist der Diener, der es mir zur Post bringen kann?“

„Es wird nicht zur Post gebracht werden,“ sagte die Gräfin leise, aber bestimmt. „Ich weiß wohl, was die Absendung dieser Depesche für mein geliebtes Kind bedeuten würde. — Margarete — rufe deinen Vater! Die Stunde ist gekommen, da ich mein Wort brechen und reden muß.“

Slawik zerknitterte das Blatt Papier in seiner Hand. Er war leichenblau, aber er blieb gefaßt, und er vermochte es sogar über sich, zu lächeln.

„Ich fürchte, wir gehen alle zu weit,“ sagte er. „Lassen Sie uns alles bis zum Morgen verschieben! Die Stunde ist nicht geeignet für die Beratung solcher Angelegenheiten. Ich weiß, die Frau Gräfin hält mich keines guten Gefühles und keines reinen Gedankens für fähig; aber ich werde beweisen, daß man mir unrecht tut. — Und überdies — es wird sich alles auch auf andere Weise machen lassen.“

Dabei zerriss er das Telegramm in kleine Stücke und streute sie über den Boden. Er mußte auf jeden Fall die Gräfin im Augenblick zufriedustellen. War sie erst gegangen, so gelang es ihm ohne Frage, zwischen Margarete und sich wieder eine Einigung zu erzielen. Denn daß die Gräfin Margarete doch nicht vollkommen von ihrem Entschluß abgebracht hatte, erkannte er wohl. Er fürchtete sich vor dem Geheimnis, das die Gräfin preisgeben wollte — denn es mußte wohl etwas sein, das seine Hoffnungen wirklich zuschanden machen konnte. Auf irgend eine Weise mußte er versuchen, dahinterzukommen; jetzt aber durfte sie nicht sprechen — nicht, so lange Margarete zugegen war.

Er wandte sich dem jungen Mädchen zu, die voll Angst und Schrecken auf die Stücke des zerrissenen Telegramms starrte.

„Ich verstehe das alles nicht,“ sagte sie bebend. „Ich

weiß nur, daß dies Telegramm den Sorgen und Zweifeln ein Ende machen sollte — und nun ist es zerrissen! — Wenn es irgend ein anderen Weg gibt, die Ehre unseres Hauses zu retten —

„Ich kann nun nichts weiter tun, als die Versicherung geben, daß alles auf dem augenblicklichen Standpunkt bleiben wird, bis wir die Angelegenheit in Ruhe noch einmal besprochen haben,“ sagte Slawik. „Ich werde Sorge tragen, daß von Gerüchten wegen keine weiteren Schritte getan werden; wie Sie das bereits Gesehene vor der Dienerschaft verbergen, muß ich aber natürlich Ihnen überlassen. Sie können ja die Räume zu sperren und die Leute morgen früh unter irgend einem Vorwand fortjagen — ich weiß nichts anderes.“

„So muß das für den Augenblick genügen,“ sagte die Gräfin. „Graf Tarnow soll sehen, wie er die Vermählung vor der Dienerschaft möglich macht. Mit Walters Hilfe wird es ihm schon gelingen. — Slawik — ich habe gehört, daß Sie über Nacht im Dorf Hohentinden bleiben. Es kostet Sie also kein besonderes Opfer, mich noch auf eine halbe Stunde aufzusuchen. Ich erwarte Sie in meinem Schloß. — Komm, Betty!“

Aber die alte Wärterin murmelte nur irgend etwas Unverständliches als Antwort und schüttelte den Kopf. Sie stand da und starrte auf die schöne Fassade des Schlosses so aufmerksam, als wolle sie sich alles unausgesprochen ins Gedächtnis einprägen. Ihre Gedanken mußten ihr wohl ein heimliches Vergnügen bereiten; denn plötzlich wurde sie von einem unterdrückten Lachen geschüttelt.

„Daß mich allein, Herrin,“ sagte sie. „Nicht oft, nicht oft läßt der gute Geist mich so klarsehen wie diese Nacht. Sorge dich nicht um Margarete, Sorge dich nicht. Ich werde sie behüten. Der gute Geist läßt die arme, arme Frau Gutes tun, ehe sie stirbt.“

Sie schüttelte die Fäuste gegen das Schloß wie gegen einen Feind, und doch lachte sie noch einmal, schril und triumphierend, um rasch im Schatten der Gebüsch zu verschwinden. Die Gräfin rief sie wieder und wieder, aber sie erhielt keine Antwort.

Als die alte Dame gegangen war, trat Slawik rasch an die regungslose Margarete heran.

„Fräulein Margarete — ich fühle es, daß die Dazwischenkunft der Frau Gräfin zwischen uns nichts geändert. Ich muß warten — und ich werde warten, wie ich es nun jahrelang getan habe. Aber meine Stunde wird kommen — und es wird nicht zu Ihrem Unglück sein, Fräulein Margarete!“

Und ohne eine Erwiderung abzuwarten, ging er rasch in der Richtung davon, die die Gräfin eingeschlagen hatte. —

Als Margarete verwirrt und benommen von dem, was sie gehört und gesehen hatte, den Vater aufsuchte, fand sie ihn in seinem Arbeitszimmer unruhig auf und nieder gehend. Er besah sich offenbar in der größten Aufregung und Spannung.

„Wie lange du ausgeblieben bist!“ bearrüchte er die

Tochter ungeduldig. „Warum bist nicht früher gekommen — da du doch wissen mußt, daß ich hier sitze und die Sekunden zähle? Slawik kam, um hier ein Telegramm zu schreiben — es ist also wohl alles zwischen euch im reinen. Hat Walter das Telegramm zur Post gebracht?“

„Nein — er hat es nicht zur Post gebracht,“ entgegnete Margarete, der die sich in so krafter Form äußernde Selbstsucht des Vaters ihre Ruhe zurückgab. „Es wird überhaupt nicht abgehandelt werden — Slawik hat es zerrissen. Du brauchst nicht zornig zu werden — ich kann dir mit gutem Gewissen versichern, daß ich keine Schuld daran trage — ich habe es nicht herbeigeführt. Slawik hat mit Zeit gegeben, mich noch einmal zu bedenken — bis morgen früh. Nicht etwa, weil es sein Ehrgefühl so verlangte —“

„Ehrgefühl! Meinst du, daß Slawik so etwas besitzt? Und diese Bedenkzeit — dahinter steckt sicherlich eine neue Tzuselei. Und ich war so froh in dem Gedanken, nun endlich Ruhe zu haben! Morgen früh also werden unsere Diener wissen, wie herrlich weit es mit uns gekommen ist — und morgen mittag weiß es alle Welt!“

„Wir werden eben verhindern müssen, daß es alle Welt weiß.“ In Margaretes Brust kämpfte ein heißer Zorn mit ihren kindlichen Gefühlen, aber sie beherrschte sich. „Wir müssen uns ganz auf Walter verlassen. Die Zimmer, in denen die — die Siegel angebracht sind, müssen noch heute nacht verschlossen werden, und Walter muß die Leute morgen früh unter irgend einem Vorwand wegschicken. Es wird ihm gewiß gelingen, ohne daß jemand etwas bemerkt.“

„Und wir geben uns damit in seine Hand — wenn er schwächt, sind wir doch verloren —“ Und man kann sich ja auf keinen Menschen verlassen.“

„Ich glaube doch, daß du dich auf ihn verlassen kannst. Walter weiß sicherlich mehr als das, und wenn er hätte über uns reden wollen, hätte er es schon viel früher tun können. Außerdem — er weiß ja doch schon, was geschieht ist. Es handelt sich also gar nicht mehr um die Frage, ob wir ihm vertrauen wollen oder nicht.“

„Ja, ja — es ist ja auch die einzige Möglichkeit. Aber daß du dich nicht hast mit Slawik einigen können —“

„Ich sagte dir ja, daß es nicht meine Schuld war. Ich war bereit, alles zu tun, was man von mir verlangte.“

Der Graf sank wieder kraftlos in einen Sessel. Er schloß hysterisch, während er sich ihrer Hände bemächtigte, die matt und apathisch in den seinen lagen.

„Mein Kind — mein liebes Kind!“ wimmerte er. „Ich weiß, ich weiß, du willst große Opfer bringen — aber ich will es doch nicht. Es geschieht doch nicht um meinetwillen. Es ist doch nur für unseren Namen — für das Größte und Wertvollste, was wir haben — für unsere Familienehre.“

Es besudelte die Familienehre nicht, daß er seine Tochter verkaufte. Es besudelte seine Familienehre nicht, daß er mit einem Schurken um sein eigenes Kind handelte. Aber es hätte seine Familienehre vernichtet, wenn er ein Stück der Schloßbesitzung hätte verkaufen müssen.

(Fortsetzung folgt.)